



Festveranstaltung

**Verleihung des  
Menschenrechtspreises 2005  
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

an

**María Luisa Sepúlveda Edwards, Chile**

und

**Dr. Salomón Lerner Febres, Peru**

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**



Festveranstaltung

**Verleihung des  
Menschenrechtspreises 2005  
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

an

**María Luisa Sepúlveda Edwards**  
Chile

und

**Dr. Salomón Lerner Febres**  
Peru

am Mittwoch,  
dem 7. September 2005

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Abteilung Internationale  
Entwicklungszusammenarbeit  
Referat Lateinamerika und Karibik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

*Redaktion:* Claudia Detsch

*Layout:* Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

*Titelfoto:*

*Fotos innen:* Thomas Schicke, Vera Lentz

*Druck:* bub Bonner Universitätsbuchdruckerei  
Printed in Germany 2005

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>8</b>
<b>Programm der Preisverleihung</b>	<b>13</b>
<b>Eröffnungsrede</b> Anke Fuchs Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung	<b>18</b>
<b>Laudatio</b> Hans Matthöfer Bundesminister a. D.	<b>24</b>
<b>Dankesreden der Preisträger</b> María Luisa Sepúlveda Edwards Dr. Salomón Lerner Febres	<b>33</b> <b>40</b>
<b>Podiumsdiskussion</b> Der schwierige Weg Menschenrechte zu schützen – Spannungen zwischen Wahrheitsfindung, Strafgerichtsbarkeit und Versöhnungsarbeit	<b>46</b>
<b><i>Spanische Version / Versión Española</i></b>	<b>61</b>



Mittwoch, 7. September 2005

## PROGRAMM

14.00 bis 15.30: Podiumsdiskussion  
**„Der schwierige Weg Menschenrechte zu schützen –  
Spannungen zwischen Wahrheitsfindung, Strafgerichtsbarkeit und Versöhnungsarbeit“**  
Teilnehmer:  
**María Luisa Sepúlveda Edwards**  
Geschäftsführende Vorsitzende der Nationalen Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter, Chile  
**Dr. Salomón Lerner Febres**  
Vorsitzender der Kommission für Wahrheit und Versöhnung, Peru  
**Hans-Joachim Daerr**  
Auswärtiges Amt, Abteilungsleiter Globale Fragen und Vereinte Nationen  
**Dr. Rainer Hühle**  
Nürnberger Menschenrechtszentrum  
Moderation: **Renate Wilke-Launer**, Redaktion „Der Überblick“

15.30 bis 16.00: Kaffeepause

16.00 bis 17.45: Festveranstaltung  
**Verleihung des Menschenrechtspreises 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung**  
an  
**María Luisa Sepúlveda Edwards**  
Geschäftsführende Vorsitzende der Nationalen Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter, Chile  
**Prof. Dr. Salomón Lerner Febres**  
Vorsitzender der Kommission für Wahrheit und Versöhnung, Peru  
durch **Anke Fuchs**, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Laudatio: **Hans Matthöfer**, Bundesminister a.D. *(Simultanübersetzung Spanisch-Deutsch)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der Podiumsdiskussion, der Festveranstaltung und dem anschließenden Empfang lade ich Sie sehr herzlich in die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, ein.



Anke Fuchs  
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wird seit 1994 an Personen oder Organisationen verliehen, die sich in besonderer Weise um die Menschenrechte in den verschiedenen Teilen der Welt verdient gemacht haben.

*Die bisherigen Preisträger waren:*

Marie-Schleier-Verein (1994)  
Prof. Dr. Ewa Łętowska, Bürgerbeauftragte des polnischen Parlaments (1995)  
Olusegun Obasanjo, Präsident von Nigeria (1996)  
Pater Petar Anđelović, OFM, Provinzial der Franziskaner in Sarajevo (1997)  
Omar Belhouche, Herausgeber der algerischen Tageszeitung „El Watan“ (1998)  
Kailash Satyarthi, internationaler Koordinator des „Weltweiten Marsches gegen Kinderarbeit“ aus Indien (1999)  
Verband der Komitees der Soldatenmütter Russlands (2000)  
Otpor („Widerstand“) aus Serbien (2001)  
Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden – IPPC (2002)  
Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda – ICTR (2003)  
Abel Alier, Vizepräsident des Sudan a.D., Präsident des High Executive Council Southern Region of Sudan a.D.,  
und Mahgoub Mohamed Salih, Journalist, Mitbegründer der Tageszeitung „Al Ayam“ (2004)

*Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wird aus dem Feist-Fonds  
vergeben, dem Nachlass des Ehepaares Karl und Ida Feist / Hamburg*

## **Anwälte der Menschenrechte – Die Wahrheitskommissionen in Chile und Peru**

Die Wahrung der Menschenrechte zählt heute zum politischen Wertekanon der demokratischen Staaten in Lateinamerika. In den vergangenen Jahrzehnten wurden dort schwerste Menschenrechtsverletzungen verübt. In einigen Ländern trafen sie primär politische Gegner der Militarmachthaber (so in Chile), in anderen vorrangig die indigene Bevölkerung (wie in Peru). Wahrheitskommissionen gelten weltweit als erprobtes Mittel zur Aufarbeitung von systematisch verübten Menschenrechtsverletzungen durch den Staat oder terroristische Gruppen. In Chile legte Ende 2004 die Nationale Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter den ersten Menschenrechtsbericht vor, der die überlebenden Opfer von Folter benennt und zu Wort kommen lässt. Der Bericht dokumentiert die Institutionalisierung von politischer Haft und Folter in der Ära Pinochet und belegt deren Initiierung durch die obersten Entscheidungsträger der Diktatur. In Peru gingen die Gewaltexzesse von der maoistischen Guerilla und vom Militär aus; sie trafen vorrangig die indigene Bevölkerung. Der Aufklärung dieser systematisch verübten Menschenrechtsverletzungen hatte sich die Kommission für Wahrheit und Versöhnung verschrieben, die ihren Abschlussbericht 2003 vorlegte.

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises an Marıa Luisa Sepulveda Edwards und Dr. Salomon Lerner Febres ehrt die Friedrich-Ebert-Stiftung die Verdienste der perua-



nischen und chilenischen Wahrheitskommissionen. María Luisa Sepúlveda Edwards war die stellvertretende Vorsitzende der chilenischen Wahrheitskommission. Bereits seit 1973 unterstützt die diplomierte Sozialarbeiterin die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Angehörige. Prof. Dr. Salomón Lerner Febres war Vorsitzender der peruanischen Wahrheitskommission. Der ehemalige Rektor der katholischen Universität von Lima hat bei der Übergabe des Abschlussberichtes der peruanischen Gesellschaft den Blick geöffnet für die ethnische Komponente der bewaffneten Auseinandersetzung.

# Vorwort

## Vom Umgang mit der Vergangenheit – die Wahrheitskommissionen in Chile und Peru

In zahlreichen Ländern Lateinamerikas wurden zwischen 1970 und 2000 schwerste Menschenrechtsverletzungen verübt. In einigen Ländern trafen sie primär politische Gegner der Militärmachthaber (so in Chile, Argentinien und Uruguay), in anderen vorrangig die indigene Bevölkerung (wie in Peru und Guatemala). Der Katalog an Repressionstechniken umfasste unmenschliche Haftbedingungen, Folter, Vergewaltigungen, Hinrichtungen und das spurlose Verschwindenlassen von Personen. Die verantwortlichen Regierungen haben diese Menschenrechtsverletzungen durch Vertreter staatlicher Institutionen durchaus auch eingestanden, führten sie aber meist auf bedauernswerte Entgleisungen Einzelner zurück.

Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit bedingt in hohem Maße die Fähigkeit einer Gesellschaft, wieder Vertrauen in den Rechtsstaat zu fassen und Konflikte nach dessen Regeln zu lösen. Allerdings unterblieb eine offensive Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen häufig aus Furcht vor einer Polarisierung der Gesellschaft. Erst in jüngster Zeit werden Forderungen nach einer öffentlichen Anerkennung der Opfer und einer juristischen Verfolgung der Täter öffentlich diskutiert und politisch gestützt.

Wahrheitskommissionen gelten weltweit als erprobtes Mittel zur Aufarbeitung von systematisch verübten Menschenrechtsverletzungen durch den Staat oder terroristische Gruppen. Zu Beginn des Jahres 2005 hat die Friedrich-Ebert-

„Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit bedingt in hohem Maße die Fähigkeit einer Gesellschaft, wieder Vertrauen in den Rechtsstaat zu fassen und Konflikte nach dessen Regeln zu lösen.“

Stiftung gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit in Berlin eine internationale Konferenz zum Thema „Von Vergangenheitsbewältigung zu einer gemeinsamen Zukunft – Regionale und globale Herausforderungen von Versöhnung“ veranstaltet. Im Mittelpunkt der Konferenz standen Ähnlichkeiten und Anforderungen von Aussöhnungsprozessen. Bei allen regionalen Unterschieden gibt es einen gemeinsamen Kern. So muss Aussöhnung immer aus der Mitte der Gesellschaft kommen; ein tief greifender gesellschaftlicher und politischer Wandel ist für ihr Gelingen unerlässlich. Dennoch lässt sich ein universell geltender Typus einer institutionalisierten Wahrheitsfindung nicht benennen. Vielmehr muss jede Aufarbeitung begangenen Unrechts die spezielle Konfliktgeschichte und -kultur der betroffenen Gesellschaft beleuchten. Die Instrumente zur Versöhnung und künftigen Konfliktvermeidung können – und müssen – also ganz unterschiedlich sein, einen universell gültigen Weg gibt es nicht.

Auch in Chile und Peru haben die Kommissionen in diesem Spannungsverhältnis unterschiedliche Instrumente genutzt.

In Chile wurde Ende 2004 der erste Menschenrechtsbericht veröffentlicht, der die überlebenden Opfer von Folter zu Wort kommen lässt. Erstmals wird die systematische Anwendung von Folter durch Angehörige von Militär und Polizei anerkannt. Für die Folteropfer bedeutete der Kommissionsbericht ein Anrecht auf Entschädigung in Form von Renten und anderen Sozialleistungen. Wichtiger noch war die moralischen Anerkennung von Taten, über die lange Stillschweigen herrschte. Vorgelegt wurde dieser Bericht durch die *Nationale Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter*. In Peru hat sich die *Kommission für Wahrheit und Versöhnung* der Aufklärung von systematisch verübten Menschenrechtsverletzungen verschrieben. Im August 2003 legte sie ihren Bericht über die Ver-

„Erstmals wird die systematische Anwendung von Folter durch Angehörige von Militär und Polizei anerkannt.“

brechen des Bürgerkriegs vor, der zwischen 1980 und 2000 das Land zwischen Guerrilla (Leuchtender Pfad und Tupac Amaro/MTRA), Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen aufgerieben hatte. Der Bericht setzte sich auch mit den Ursachen des Konflikts auseinander und stellte gezielte Forderungen, darunter Reformen in Polizei, Armee und Justiz, ordentliche Gerichtsverfahren für die Täter sowie konkrete Maßnahmen der Wiedergutmachung für die Opfer. Die peruanische Wahrheitskommission war die erste lateinamerikanische Kommission, die öffentliche Anhörungen abhielt.

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises an María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres ehrt die Friedrich-Ebert-Stiftung die Verdienste der peruanischen und chilenischen Kommissionen zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen. María Luisa Sepúlveda Edwards war stellvertretende und geschäftsführende Vorsitzende der *Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura*. Bereits seit 1973 kämpft die diplomierte Sozialarbeiterin für die Wahrung der Menschenrechte und unterstützt die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und deren Angehörige. Als Mitarbeiterin und Geschäftsführerin des ‚Vikariats der Solidarität‘ hat sie sich um die landesweit umfangreichste Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen in den Zeiten der Diktatur verdient gemacht.

Dr. Salomón Lerner Febres war Vorsitzender der peruanischen Wahrheitskommission *Comisión de la Verdad y Reconciliación*. Der ehemalige Rektor der katholischen Universität von Lima sensibilisierte die peruanische Gesellschaft für die ethnische Komponente des Konflikts. Erst der Abschlussbericht der Kommission verdeutlichte die massive Betroffenheit indigener Bevölkerungsgruppen ebenso wie die fortbestehende Marginalisierung dieser Menschen. Nachdem die Wahrheitskommission ihren Bericht abgeliefert hatte, gründete Salomón Lerner Febres innerhalb der Universidad Católica das *Instituto de Democracia y Derechos Humanos*, dessen Präsident er auch ist. Das Institut

will eine Verbindung zwischen akademischer Lehre und politischer bzw. sozialer Praxis herstellen.

Wenngleich die beiden Kommissionen in Chile und Peru auch unterschiedliche Instrumente nutzten, so war ihr Oberziel doch identisch: Anerkennung der Menschenrechte, um Demokratie und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung stehen Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität im Zentrum der gesellschaftspolitischen Arbeit. Diese Prinzipien sind untrennbar mit der Anerkennung der Menschenrechte verbunden. Die FES unterstützt die Entwicklung einer rechtsstaatlichen und demokratischen Kultur in ihren Partnerländern, denn nur so kann die Achtung der Menschenrechte garantiert werden.

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung steht in dieser Tradition. Mit María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres werden auch 2005 Persönlichkeiten geehrt, die sich in herausragender und beispielhafter Weise dafür eingesetzt haben, Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern aufzuklären und so Wahrheit und Gerechtigkeit durchzusetzen.

Ins Leben gerufen wurde der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung durch das Hamburger Ehepaar Karl und Ida Feist, um die mühsame und ausdauernde Basisarbeit für Menschenrechte, Würde und Frieden zu ehren. Der Preis ist derzeit mit 10.000 Euro dotiert. Bislang haben den Menschenrechtspreis erhalten: Marie-Schlei-Verein (1994), Prof. Dr. Ewa Łętowska, ehemalige „Bürgerbeauftragte“ des polnischen Parlaments (1995), General Olusegun Obasanjo, heute Präsident Nigerias (1996), Petar Anđelović, OFM, Provinzial der Franziskaner in Sarajevo (1997), Omar Belhouchet, Journalist und Herausgeber von „El Watan“ in Algerien (1998), Kailash Satyarthi, Koordinator des „Weltweiten Marsches gegen Kinderarbeit“ aus Indien (1999), der Verband des Komitees der Soldatenmütter Russlands (2000), die serbische Widerstandsbewegung OTPOR

(2001), die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden, IPPC (2002), der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda, ICTR (2003) sowie Abel Alier, Vizepräsident des Sudan a.D., Präsident der High Executive Council Southern Region of Sudan a.D. und Mahgoub Mohamed Salih, Journalist, Mitbegründer der Tageszeitung „Al Ayam“ (2004).

16.00 Uhr  
Beginn des Festaktes

2. Satz des Streichquartetts  
„Der Tod und das Mädchen“  
Andante con Molto  
von Franz Schubert (1797-1828)

Auszug aus dem 2. Akt, 1. Szene  
„Der Tod und das Mädchen“  
von Ariel Dorfman

Ansprache von Anke Fuchs  
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Übergabe der Urkunden

Laudatio  
Hans Matthöfer, Minister a.D.

Ansprache von M. L. Sepúlveda Edwards

Ansprache von Dr. Salomón Lerner Febres

Auszug aus dem 3. Akt, 1. Szene  
„Der Tod und das Mädchen“  
von Ariel Dorfman

3. Satz des Streichquartetts  
„Der Tod und das Mädchen“  
Scherzo. Allegro molto  
von Franz Schubert

17.45 Uhr  
Ende des Festaktes

Empfang

Es spielen:

Das Kreisler Streichquartett:  
Almut Schlicker, Silja Geirhardsdottir: Violine,  
Johannes Henschel: Cello  
Karen Lorenz: Viola

Freies Schauspiel Ensemble Frankfurt:  
Bettina Kaminski: Paulina  
Jürgen Beck-Rebholz: Gerardo  
Hans-Peter Schupp: Dr. Roberto Miranda  
Reinhard Hinzpeter führt die Regie  
Aufführungsrechte:  
Fischer Taschenbuchverlag Frankfurt, Mainz

Die Fotos der Ausstellung wurden von den Preisträgern  
und der chilenischen Botschaft zur Verfügung gestellt

Sprachen:  
Deutsch – Kanal 1  
Spanisch – Kanal 2





In Ariel Dorfmans Stück „Der Tod und das Mädchen“ führt das Schicksal drei Personen in einem abseits gelegenen Haus zusammen. Gerardo Escobar ist Rechtsanwalt und war zu Zeiten der Diktatur politischer Aktivist im Untergrund, konnte aber der Verhaftung entgehen. Zuvor an diesem Tag wurde Gerardo vom Staatspräsidenten an die Spitze einer Kommission berufen, die Menschenrechtsverletzungen des diktatorischen Regimes aufklären soll. Seine Frau Paulina wurde während der Diktatur gefoltert und vergewaltigt, misshandelt zu den Klängen von Schuberts „Der Tod und das Mädchen“. Ihre Peiniger versuchten vergeblich, sie zur Preisgabe von Gerardos Aufenthaltsort zu zwingen.

Unvermutet kommt der Arzt Roberto Miranda ins Haus der Escobars, an dessen Stimme Paulina ihren Folterer von ehemals zu erkennen meint. Zum Entsetzen ihres Ehemanns überwältigt und fesselt sie Roberto Miranda, um in einem privaten Tribunal sein Geständnis zu forcieren. Ihr Ehemann, zum Anwalt der Opfer bestimmt, sieht in ihrer Selbstjustiz einen Angriff auf

Rechtsstaatlichkeit und Gerichtsbarkeit. Eine lange Nacht der Schuldzuweisungen und moralischen Hinterfragungen beginnt. Die Frage nach Vergeltung, Vergeben und Vergessen bleibt unbeantwortet.



**Ariel Dorfman** wurde 1942 in Buenos Aires geboren. Nach der Machtergreifung des Militärs floh seine Familie 1943 zunächst in die USA, später emigrierte sie nach Chile. Als Anhänger von Salvador Allende musste Dorfman nach dem blutigen Militärputsch unter General Augusto Pinochet erneut fliehen, was ihm auch dank des Programms der Friedrich-Ebert-Stiftung für politisch verfolgte chilenische Intellektuelle gelang. Er wurde Professor für Literaturwissenschaft und Lateinamerikanistik an der Duke Universität in North Carolina. 1992 konnte Dorfman ins demokratisierte Chile zurückkehren; seither lehrt er auch an der Universität Santiago.



## Eröffnungsrede

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sehr geehrte Preisträger María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres, Exzellenzen, lieber Hans Matthöfer, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir freuen uns, dass Sie zu uns gekommen sind, um mit uns zusammen die Preisträger des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung auszuzeichnen.

Wir ehren heute mit María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres zwei Menschen, die sich durch ihre beharrliche und mutige Arbeit um die Durchsetzung von Wahrheit und Gerechtigkeit verdient gemacht haben.

Mit ihnen würdigen wir zugleich die Verdienste der chilenischen und peruanischen Kommissionen zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, an deren Spitzen die Preisträger standen.



Meine Damen und Herren, durch Ihr zahlreiches Kommen heute zeigen Sie nicht nur Interesse für die engagierte Menschenrechtsarbeit der beiden Preisträger und ihrer Kommissionen; sie bringen hierdurch auch Ihre Anerkennung für dieses langjährige Wirken zum Ausdruck.

Das ist ganz im Sinne des Hamburger Ehepaares Karl und Ida Feist, auf deren Vermächtnis der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung zurück geht. Eigene Erfahrungen von Krieg und Verfolgung waren ihnen Antrieb, sich aktiv für Frieden und Gewaltlosigkeit einzusetzen. Mit diesem Preis soll die mühsame und oftmals nicht ungefährliche Basisarbeit für Menschenrechte, Würde und Frieden geehrt und gewürdigt werden. Er bringt Anerkennung und Solidarität zum Ausdruck.

Er ist aber auch Mahnung für diejenigen, denen die Wahrung und Verteidigung der Menschenrechte kraft ihres politischen Amtes obliegt. In diesem Sinne ist die Vergabe des Menschenrechtspreises an Frau Sepúlveda und Dr. Lerner auch ein Appell an die Regierungen Chiles und Perus, die Empfehlungen der Kommissionen umzusetzen und die öffentliche Auseinandersetzung darüber nicht zu scheuen.

Die in der Vergangenheit verübten Menschenrechtsverletzungen müssen aufgeklärt und aufgearbeitet werden. Darauf haben die Opfer von Gewalt und Verfolgung einen Anspruch. Denn solches Unrecht wirkt nach. Es verliert nicht an Bedeutung, weil eine Nachfolgeregierung demokratisch gewählt wurde und wieder rechtsstaatliche Grundsätze gelten. Und es verliert auch nicht an Bedeutung, nur weil man nicht mehr darüber spricht. Im Gegenteil: Erst die Anerkennung und Aufarbeitung solcher Verbrechen macht Versöhnung möglich.

Für Kommissionen, die sich unter diesen Aspekten mit der Vergangenheitsaufarbeitung befassen, gibt es Beispiele auch in anderen Ländern.

„Die in der Vergangenheit verübten Menschenrechtsverletzungen müssen aufgeklärt und aufgearbeitet werden. Darauf haben die Opfer von Gewalt und Verfolgung einen Anspruch.“

So wurde in Südafrika nach dem Ende der Apartheid die „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ gegründet, die nicht Rache und Strafe zum Ziel hatte, sondern die Versöhnung der Gesellschaft.

Ferner wurde 2002 auf Druck der internationalen Gemeinschaft in Indonesien ein ad-hoc-Tribunal und in Ost-Timor eine Wahrheitskommission eingerichtet. Eine ähnliche Kommission gibt es in Kambodscha.

Diesem Fragenkomplex schenkt die Friedrich-Ebert-Stiftung insgesamt in ihrer breiten internationalen Menschenrechtsarbeit große Aufmerksamkeit. So hat die Stiftung im April diesen Jahres ein großes internationales Symposium zu Fragen der Vergangenheitsaufarbeitung und demokratischer Transformation in Kambodscha, Peru, Südafrika und Timor durchgeführt.

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2003 an den Strafgerichtshof für Rwanda konnte ein wichtiges Signal gesetzt werden.

In Lateinamerika engagiert sich die Stiftung seit langem für den Prozess der Aussöhnung und Befriedung, um künftige Konflikte in der Gesellschaft zu vermeiden. Der Menschenrechtspreis 2005 soll hierzu einen herausgehobenen Beitrag leisten.

Hier bei uns in Deutschland wurde durch Initiative der Regierung von Bundeskanzler Schröder die Menschenrechtspolitik in den letzten Jahren durch neue Institutionen gestärkt. Hierzu zählen die Ernennung eines Menschenrechtsbeauftragten im Auswärtigen Amt sowie die Gründung des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

Zu nennen ist hier aber auch die Einrichtung des Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag.

Kofi Annan hat im Rahmen der UN-Reform einen ständigen UN-Menschenrechtsrat vorgeschlagen. Damit würde der Menschenrechtsschutz deutlich gestärkt werden. Dieser Vorschlag verdient Unterstützung. Eine solche internationale Aufwertung wäre ein klares Bekenntnis. Es würde auch all' diejenigen be-

stärken und ermutigen, die sich täglich unter großem persönlichen Einsatz und gegen manche Widrigkeiten für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen. Unsere Preisträger sind hierfür ein Beispiel.

Besonders freue ich mich darüber, dass Hans Matthöfer, der ehemalige Bundesfinanzminister und Minister für Forschung und Technologie, für den die Menschenrechtsarbeit in Südamerika seit jeher ein Herzensanliegen war, heute die Laudatio auf die Preisträger halten wird.



Meine Damen und Herren, der Menschenrechtspreis 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen an *Fr. María Luisa Sepúlveda Edwards* aus Chile in Anerkennung und Würdigung

- ihres unermüdlichen und unerschrockenen Einsatzes für die Opfer von Verfolgung und Folter,
- ihres Engagements für die vollständige Aufklärung der systematisch verübten Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige von Militär und Polizei,

- ihres Eintretens für eine notwendige Aufarbeitung der jüngeren chilenischen Vergangenheit,
- ihres Beitrages zur Aussöhnung und Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft aller Chileninnen und Chilenen.

Der Menschenrechtspreis 2005 der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen an *Dr. Salomón Lerner Febres aus Peru* in Anerkennung und Würdigung

- seines maßgeblichen Bemühens um Gerechtigkeit und Entschädigung für die Opfer des zwanzigjährigen Konfliktes in Peru,
- seines Eintretens für die indigene Bevölkerung, die erstmals öffentlich Zeugnis über das erlittene Unrecht ablegen konnte,
- seines Einsatzes für Reformen und gesellschaftspolitische Veränderungen in Peru, ohne die eine Versöhnung nicht möglich ist,
- seiner steten Mahnung, das Geschehene zu erinnern und zu dokumentieren.

Im Namen unserer Stiftung gratuliere ich Ihnen und danke Ihnen und allen Mitgliedern Ihrer Kommissionen für Ihr Engagement. Wir wünschen uns allen, dass Ihre Arbeit in Ihren Heimatländern und bei Ihren Regierungen die nötige Beachtung findet und Ihre Empfehlungen konsequent umgesetzt werden.



# Menschenrechtspreis 2005

Berlin, 7. September 2005



# Laudatio

Hans Matthöfer  
Bundesministerin a. D.

Liebe Frau Sepúlveda Edwards, lieber Herr Dr. Lerner Febres, zu Ihrer Auszeichnung mit dem Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung möchte ich Ihnen ganz herzlich gratulieren.

Als Vorsitzende der chilenischen bzw. der peruanischen Wahrheitskommissionen haben Sie sich mit großem Erfolg für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen engagiert und damit die Grundlagen für eine demokratische und friedliche Entwicklung in Ihren Ländern entscheidend gestärkt.

In Chile und Peru lagen den Menschenrechtsverletzungen jeweils verschiedene Ausgangssituationen zugrunde. Daher waren auch die Aufträge an die Kommissionen zu ihrer Aufklärung unterschiedlich.

In Chile putschten am 11. September 1973 rechte Generäle gegen den für die Volkseinheit gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. Die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, der Kongress aufgelöst, politische Parteien verboten.

In den folgenden 17 Jahren der Militärdiktatur wurden rund 3.000 Menschen ermordet, zahllose Verfolgte flohen ins Exil. Hunderte Schicksale von entführten Oppositionellen sind bis heute nicht aufgeklärt. Die Wunden, die Inhaftierung, Folter, Exilierung und das „Verschwindenlassen“ von Angehörigen geschlagen haben, sind noch immer nicht verheilt.

Der chilenische Präsident Ricardo Lagos hat 2003 die „Nationale Kommission zu politischer Haft und Folter“ ins Leben

„In Chile und Peru lagen den Menschenrechtsverletzungen jeweils verschiedene Ausgangssituationen zugrunde. Daher waren auch die Aufträge an die Kommissionen zu ihrer Aufklärung unterschiedlich.“



gerufen. Stellvertretende und geschäftsführende Vorsitzende wurde María Luisa Sepúlveda Edwards. Es gab zwar direkt nach dem Ende der Pinochet-Diktatur bereits eine Wahrheitskommission in Chile. Sie untersuchte aber ausschließlich Ermordungen und „Verschwindenlassen“. Für eine vollständige Aufdeckung der Wahrheit war aber die Zeit nach Einschätzung der Verantwortlichen damals noch nicht reif.

Diese Gerechtigkeitslücke schloss die Kommission zu politischer Haft und Folter im Jahre 2003. Sie untersuchte die Fälle politischer Unterdrückung, Verfolgung und Folter während der Militärdiktatur von 1973 bis 1990. Im letzten November legte sie ihren Abschlussbericht vor. Er erfasst über 27.000 Opfer. Haft- und Folterbedingungen werden öffentlich gemacht. Zum ersten Mal wird klar belegt, dass Folter und Mord nicht Übergriffe Einzelner waren. Der Auftrag dazu kam aus den obersten Reihen der Militärjunta.

Durch den Kommissionsbericht haben die Opfer nun endlich Anrecht auf Entschädigung. Noch wichtiger aber war die öffent-

„ Zum ersten Mal wird klar belegt, dass Folter und Mord nicht Übergriffe Einzelner waren. Der Auftrag dazu kam aus den obersten Reihen der Militärjunta.“

liche Anerkennung dieser verbrecherischen Handlungen als Gräueltaten – ein überfälliger und heilsamer Schritt im nationalen Versöhnungsprozess.

In Peru gab es eine andere Ausgangslage und damit auch einen anderen Auftrag an die Wahrheitskommission. Die zwischen 1980 und 2000 verübten Menschenrechtsverletzungen fanden nicht unter einer Diktatur statt. Die Regierung war demokratisch legitimiert. Sie erwies sich aber als zu schwach, um die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

Es war die Landbevölkerung, die hauptsächlich zum Opfer der Gewalttaten wurde. Sie geriet zwischen die Fronten der Guerilla (also dem Sendero Luminoso und dem MRTA/Túpac Amaru), der Sicherheitskräfte sowie paramilitärischer Gruppen. Die Zeit war geprägt durch die Angst des Volkes, der Staat könnte zusammenbrechen und der Sendero Luminoso die Macht übernehmen. Das erklärt auch, warum die Proteste gegen die systematischen Menschenrechtsverletzungen nur schwach waren.

Die Welle der Gewalt gegen die Bäuerinnen und Bauern in den Anden fand weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt – der peruanischen Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit.

2001 wurde die Kommission für Wahrheit und Wiedergutmachung gegründet. Den Vorsitz übernahm Dr. Salomón Lerner Febres. Die Kommission forderte Reformen in Justiz, Polizei und Armee, ordentliche Gerichtsverfahren für die Täter und konkrete Maßnahmen der Wiedergutmachung für die Opfer. Sie war die erste Wahrheitskommission Lateinamerikas, die die Opfer

in öffentlichen Anhörungen sprechen ließ, häufig auch in entlegenen Teilen des Landes.

Die Zahl der Todesopfer schätzte die Kommission auf fast 70.000. Bevor sie ihre Arbeit aufnahm, war man von rund der Hälfte ausgegangen. Allein dies macht schon deutlich, wie wenig

„Die Welle der Gewalt gegen die Bäuerinnen und Bauern in den Anden fand weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt – der peruanischen Öffentlichkeit und der Weltöffentlichkeit.“

man zuvor das Schicksal der Landbevölkerung beachtete. Diesen Vorwurf muss sich nicht nur die peruanische Gesellschaft gefallen lassen. Auch im Ausland haben nur wenige ihre Stimme erhoben, um die Geschehnisse in Peru öffentlich zu machen.

Welche positiven Auswirkungen eine Einmischung von außen haben kann, wurde in den siebziger Jahren im Fall Chile deutlich. Durch das Engagement von Sozialdemokraten und Sozialisten weltweit war es möglich, zahlreiche demokratische Politikerinnen und Politiker, Gewerkschafter und Intellektuelle frei zu bekommen und zu schützen.

Für die damalige Bundesregierung stand es außer Frage, man musste politischen Druck auf die Junta ausüben und sich aktiv für politisch Verfolgte und Exilierte einsetzen.

Ich habe damals selbst aus Gesprächen und Briefen erfahren, wie wichtig Solidarität aus dem Ausland für die Verfolgten ist. Sie stärkt den Durchhaltewillen von Verfolgten, Inhaftierten und deren Angehörigen. Offene Solidarität hilft den Opfern, den Mut nicht zu verlieren. Daher dürfen sich auch politische Entscheidungsträger nicht hinter diplomatischer Etikette verstecken. Wenn die Freiheit eines Volkes bedroht ist, muss man klipp und klar Stellung beziehen und die Dinge beim Namen nennen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat nach dem Militärputsch in Chile zahlreiche politische und humanitäre Unterstützungsaktionen für verfolgte chilenische Demokraten organisiert.

„Offene Solidarität hilft den Opfern, den Mut nicht zu verlieren. Daher dürfen sich auch politische Entscheidungsträger nicht hinter diplomatischer Etikette verstecken.“

Opfer der militärischen Machthaber waren neben den Mitgliedern von Parteien und Gewerkschaften vor allem auch die Intellektuellen. Ihnen halfen Stipendien der Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer schweren wirtschaftlichen Not. Sie konnten ihre Familien ernähren und doch weiter wissenschaftlich arbeiten.

Dieses Chile-Sonderstipendienprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte positive gesellschaftspolitische Auswirkungen in

ganz Lateinamerika. Es hat – weit über Lateinamerika hinaus – der Stiftung und der deutschen Sozialdemokratie zu Ansehen und Anerkennung verholfen.

Wichtig war es immer, den direkten Kontakt zu inhaftierten Freunden und deren Familien aufrecht zu erhalten – soweit dies angesichts der Umstände möglich war. Der damalige deutsche Bundeskanzler Willy Brandt hat sich ebenso wie zahlreiche andere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um die Freilassung politischer Freunde aus der Haft bemüht.

Dieser Ausdruck sozialdemokratischer Solidarität im Kampf für die Wiederherstellung der Menschenrechte und der Demokratie in Chile kann uns auch heute noch stolz machen. Viel wichtiger ist es aber, die Erfolge der damaligen Solidaritätsbekundungen heute noch als Ansporn und Auftrag zu sehen.

Der Glaube an die Demokratie und die Bindung an die Menschenrechte müssen uneingeschränkt gelten. Wenn die Würde des Einzelnen und die Rechtsstaatlichkeit bedroht sind, kann und darf man nicht herumlavieren.



Die Haltung der Regierungen anderer Länder ist im Falle von Menschenrechtsverletzungen immer von Bedeutung. Offene Kritik und eine rege Aufmerksamkeit für die Vorgänge bleiben nicht ohne Wirkung auf Unrechtsregime. Inhumane Praktiken müssen deshalb öffentlich gebrandmarkt werden.

Aus diesem Grunde möchte ich auch der Friedrich-Ebert-Stiftung danken. Mit der jährlichen Verleihung des Menschenrechtspreises würdigt sie das beharrliche Engagement für die Menschenrechte und schafft Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema. In der Vergangenheit wurden zum Beispiel Persönlichkeiten und Institutionen wie der nigerianische Präsident Obasanjo oder der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda ausgezeichnet.

Mit der Wahl von María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres zeichnet die Stiftung auch in diesem Jahr wieder Personen aus, die sich mit Mut und großem persönlichem Einsatz um die Durchsetzung von Menschenrechten verdient gemacht haben. Sie und die übrigen Mitglieder der beiden Kommissionen haben ihren Mut und ihre großen Erfahrungen eingesetzt, um den Opfern einen Namen und eine Stimme zu geben und auch die Verantwortlichen zu benennen, weil nur so ein friedliches Miteinander möglich werden kann.

Der Sturz der demokratischen Regierung der Volkseinheit und des Präsidenten Salvador Allende in Chile wurde häufig legitimiert als Verteidigung der westlichen Welt gegen den Kommunismus, so vielfach auch in der Bundesrepublik. Da prallten Meinungen hart aufeinander. Es war aber diese Diskussion, die den Vorgängen in Chile weltweite Aufmerksamkeit sicherte. Diese Aufmerksamkeit hat manchem Verfolgten das Leben gerettet.

» Die Haltung der Regierungen anderer Länder ist im Falle von Menschenrechtsverletzungen immer von Bedeutung. Offene Kritik und eine rege Aufmerksamkeit für die Vorgänge bleiben nicht ohne Wirkung auf Unrechtsregime. «

Dagegen haben auch wir – in Deutschland, in Europa – versagt, als es darum ging, dem peruanischen Volk öffentlich beizustehen. Sie, Herr Dr. Lerner, haben die Zeit zwischen 1980 und 2000 in Peru als Zeit der nationalen Schande bezeichnet.

Der Bericht, den die Kommission unter Ihrer Leitung vorlegte, hat nicht nur das Ausmaß und die Schwere der Menschenrechtsverletzungen belegt. Die Katastrophe in Peru hätte – wie alle menschengemachten Katastrophen – verhindert werden können. Sie wurde erst möglich durch die Gleichgültigkeit und Unfähigkeit der politischen Entscheidungsträger. Doch auch die Weltöffentlichkeit trägt einen Teil der Schuld.

Die schweren Menschenrechtsverletzungen und Verfolgungen in Peru fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wir hätten hinsehen können, wir hätten versuchen können, auf die demokratisch legitimierte Regierung in Peru einzuwirken. Wir hätten sie dabei unterstützen müssen, den Gräueltaten ein Ende zu setzen. Doch auch wir waren gleichgültig und untätig. Insofern ist, was geschehen ist, nicht nur eine nationale Schande – sondern auch ein Armutszeugnis für die internationale Gemeinschaft.

Es erfordert, in Chile ebenso wie in Peru oder anderswo, viel Mut, die Dinge offen beim Namen zu nennen und Gerechtigkeit einzufordern. Für die Opfer von Verfolgung und Folter aber bedeutet es einen ersten heilsamen Schritt, wenn das ihnen zugefügte Unrecht öffentlich benannt und anerkannt wird. Die Nationale Kommission zu politischer Haft und Folter in Chile bzw. die Kommission für Wahrheit und Wiedergutmachung in Peru haben sich dieser Aufgabe gestellt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einige wenige Sätze zu den Preisträgern sagen:

Sie, María Luisa Sepúlveda Edwards, waren stellvertretende und geschäftsführende Vorsitzende der chilenischen Nationalen Kommission zu politischer Haft und Folter. Mit Ihrem Engagement

**„Für die Opfer von Verfolgung und Folter aber bedeutet es einen ersten heilsamen Schritt, wenn das ihnen zugefügte Unrecht öffentlich benannt und anerkannt wird.“**



haben Sie maßgeblichen Anteil an der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit in Chile.

Schon seit 1973 setzen Sie sich für die Achtung der Menschenrechte ein und unterstützen Opfer und deren Angehörige. Als Beraterin in Fragen der Menschenrechte waren Sie nicht nur für den chilenischen Präsidenten Lagos eine wichtige Hilfe. Auch andere lateinamerikanische Regierungen haben Sie mit Ihrer großen Erfahrung und Ihrem Engagement als Beraterin unterstützen können.

Dr. Salomón Lerner Febres war Vorsitzender der peruanischen Kommission für Wahrheit und Wiedergutmachung. Der Jurist und Doktor der Philosophie war von 1994 bis 2004 Rektor der Katholischen Universität in Lima, zudem Vorsitzender der Vereinigung der Universitäten Lateinamerikas.

Zum Vorsitzenden der Kommission wurde er wegen seiner persönlichen und intellektuellen Integrität und Unbestechlichkeit ernannt; seit der Übergabe des Berichts ist er *die* treibende Kraft, die bei der Regierung für die Umsetzung der Empfehlungen wirbt, notfalls auch durch öffentliche Erklärungen und Druck.

Ohne Wahrheit gibt es keine Gerechtigkeit. Seit den achtziger Jahren dienen Wahrheitskommissionen in verschiedenen Ländern der Aufklärung systematisch verübter Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Vergewaltigung, Mord und „Verschwindenlassen“. Für die Opfer ist eine öffentliche Anerkennung ihres Leidens von elementarer Bedeutung.

Doch die Arbeit von Wahrheitskommissionen kann auch als bloßes Alibi für weitere Untätigkeit missbraucht werden. Gerade in der Phase des Übergangs zur Demokratie ist die Versuchung groß, die Vergangenheit zu verschweigen, um den Neuanfang besser zu bewältigen. Das ist aber ein Trugschluss. Ohne eine Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht kann es keine gesicherte Zukunft in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geben.

„Ohne eine Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht kann es keine gesicherte Zukunft in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geben.“

Die Arbeit von Wahrheitskommissionen ist für eine solche Auseinandersetzung von großer Bedeutung. Doch sie kann immer nur ein erster Schritt auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Wiedergutmachung sein. Politische Entscheidungsträger und nicht zuletzt die gesamte Gesellschaft müssen auf diesem Weg weitergehen.

Für die Opfer ist die öffentliche Anerkennung ihres Leidens von elementarer Bedeutung. Die Opfer erhielten durch Sie eine Stimme. Es begann eine lebhafte öffentliche Debatte über Gerechtigkeit und Versöhnung. Es liegt nun an den Regierungen beider Länder, durch den verantwortungsvollen Umgang mit den Ergebnissen der Kommissionsarbeit ihrer historischen Aufgabe gerecht zu werden. Nur so lassen sich die Gräben in der Gesellschaft überbrücken und eine gemeinsame demokratische Zukunft aufbauen.

María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres waren durch ihre engagierte und mutige Arbeit wirksame Anwälte der Menschenrechte. Sie haben nicht nur den Opfern der systematischen Menschenrechtsverletzungen, sondern der gesamten Bevölkerung ihrer Länder einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ich wünsche Ihnen beiden, dass Sie weiterhin die Anerkennung, Aufmerksamkeit, Wertschätzung und Unterstützung finden, die Ihrer Arbeit gebührt.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Dankesrede

María Luisa Sepúlveda Edwards

Ich bedanke mich sehr für diesen Preis, mit dem die kollektive Arbeit von chilenischen Männern und Frauen anerkannt wird. Sie entschlossen sich, unter schweren Bedingungen die Menschenrechte zu verteidigen und für diese sowie die Rückkehr der Demokratie, das Recht und die Entschädigung der Opfer und ihrer Familien zu kämpfen. Ich empfinde und verstehe diesen Preis als eine Bestätigung für Chile, für seine demokratischen Regierungen und für all die Institutionen und Personen, die sich effektiv für das Leben und die Würde der Menschen eingesetzt haben.

Seit über dreißig Jahren kümmere ich mich um und arbeite ich für die Menschenrechte. Als Dankeschön für diese Anerkennung, die mich ehrt, kann ich Ihnen meinen persönlichen Bericht über die Arbeit für die Menschenrechte, meine Überlegungen



zum chilenischen Weg der Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung sowie letztlich eine Analyse und kurze Beschreibung der Arbeit der Kommission für politische Gefangene und Folter liefern.

Wenige Monate nach dem Militärputsch begann ich meine Menschenrechtsarbeit als Assistentin für soziale Fragen im Kooperationskomitee für den Frieden. Dort begann meine einschneidende Erfahrung als Zeugin schlimmster Menschenrechtsverletzungen, mit all dem damit verbundenen Horror, aber auch der Chance, für Menschenrechte zu kämpfen und den Opfern beizustehen. Dies sehe ich als meine wohl wichtigste Erfahrung an. Es handelt sich um Menschen, deren Würde, Lebensplanung und Hoffnungen betroffen waren und die zu einer ökonomischen und sozialen Randposition verurteilt wurden, als sie zum Opfer von Folter und politischer Gefangenschaft wurden. Meine Arbeit umfasste auch die Unterstützung von Familienangehörigen der politisch Hingerichteten und insbesondere der Angehörigen der Verschwundenen.

Nach der Rückkehr zur Demokratie war ich an wichtigen Prozessen der Entschädigung von Opfern beteiligt. In ihrer Schlussphase hat die Nationale Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter über 28.000 Personen den Status als Opfer zuerkannt, sie hat Entschädigungspolitiken erarbeitet und der chilenischen Gesellschaft geholfen, im Prozess der Anerkennung des Geschehenen Fortschritte zu machen.

„In ihrer Schlussphase hat die Nationale Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter über 28.000 Personen den Status als Opfer zuerkannt.“

Das Wiedererlangen der Demokratie in Chile nach der Diktatur von 1973–1990 wurde durch die Concertación de Partidos por la Democracia erreicht. Wesentliche Merkmale und Inhalte ihrer Arbeit sind die Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit sowie die Entschädigung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Die aufeinanderfolgenden Regierungen der Parteienvereinigung haben ihre Verpflichtung gegenüber Wahrheit

und Gerechtigkeit durch konkrete Politiken bewiesen. Diese erlaubten eine fortschreitende Anerkennung des Geschehenen durch die chilenische Gesellschaft, Gerechtigkeit bezüglich der schlimmsten Verbrechen sowie Entschädigungen für die Opfer.

Dieser Prozess war komplex und langwierig, da eine Gesellschaft Zeit benötigt, um die eigenen Geschehnisse anzuerkennen. Wichtige Impulse erhielt er auch durch die Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft, ganz besonders von Organisationen der Opfer und des Menschenrechtsschutzes sowie durch die Selbstverpflichtung der demokratischen Regierungen, in dieser Sache weiterzukommen. Es war kein spannungsfreier Prozess. Der Schmerz der Opfer und der Einfluss auf ihr Leben und das ihrer Familien war enorm und schwer zu reparieren. Andererseits fiel es der chilenischen Gesellschaft schwer, Wahrheiten anzunehmen, die so viele Jahre verleugnet wurden und die kollektive Verantwortlichkeit für das Verdunkeln und Verleugnen anzuerkennen.

„ Der Schmerz der Opfer und der Einfluss auf ihr Leben und das ihrer Familien war enorm und schwer zu reparieren. “

Auch für die Institutionen war es schwer, ihre Teilnahme anzuerkennen, insbesondere für die militärischen. Wichtige Fortschritte lassen sich aber erkennen ebenso wie ein nationales Klima, das einen höheren Grad der Anerkennung, Gerechtigkeit und Entschädigung fördert.

Das war auch dank der intensiven Menschenrechtsarbeit in den Jahren der Militärdiktatur möglich. Nur wenige Wochen nach dem Staatsstreich haben die wichtigsten christlichen Kirchen sowie die jüdische Gemeinschaft das Komitee für den Frieden (Comité Pro Paz) gebildet, das später zum Vikariat der Solidarität (Vicaría de la Solidaridad) werden sollte. Das Vikariat und später auch andere Menschenrechtsorganisationen, die enger mit der Zivilgesellschaft verbunden waren, leisteten eine unersetzbare Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte, zur nationalen wie internationalen Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen sowie zur Vertretung dieser Klagen vor der Justiz.

Dies erlaubte nicht nur eine Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen zu jenem Zeitpunkt, sondern später auch den Rückgriff auf glaubwürdige Protokolle, was sich als sehr wertvoll für die Arbeit der Wahrheitskommission herausstellte.

Die Gründung der Wahrheitskommissionen war ein institutionalisierter Weg, um Konsens im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen zu erreichen. Die erste wurde direkt nach dem Wiedererlangen der Demokratie initiiert und war verantwortlich für Verschwundene, Hinrichtungen und Tod. Die jüngste ist die

Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter. Die Kommissionen waren das zentrale Element zur Annäherung an die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen, die Tausende von Chilenen betrafen. Die Kommissionsmitglieder, anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, repräsentierten verschiedene inhaltliche Bereiche der nationalen Ebene. Die Arbeit der

Kommission wurde in konkrete Maßnahmen der Entschädigung für die Opfer übersetzt, führte zu bedeutsamen Fortschritten in der Anerkennung des Geschehenen und erzeugte Hoffnung für die Zukunft.

Die Nationale Kommission zu politischer Gefangenschaft und Folter wurde im Jahr 2003, also 13 Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie geschaffen und war Folge der Forderung von politischen Organisationen, zivilen Menschenrechts- und besonders Opferorganisationen. Sie resultierte aus der Notwendigkeit, die Schwere der Folterungen ebenso anzuerkennen wie ihre Konsequenzen und Folgeerscheinungen für Tausende von Menschen

Die Kommission wurde aufgrund einer Verordnung des Präsidenten geschaffen, die acht Personen zu Kommissaren berief. Den Vorsitz führte Sergio Valech, Bischof der katholischen Kirche, der aus dem Vikariat der Solidarität stammte. Mir fiel das Amt der Vizepräsidentin zu. Die Kommission erhielt ein präzises

“Die Kommissionen waren das zentrale Element zur Annäherung an die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen“

Mandat sowie die nötigen Mittel und Unabhängigkeit. Sie konnte so einen Bericht erstellen, der die Merkmale der 17 Jahre währenden brutalen Form von Repression durch das Militärregime darlegte und die Opfer von politischer Gefangenschaft und Folter benannte sowie dem Präsidenten Maßnahmen der Entschädigung vorschlug. Ungefähr 36.000 Personen haben im Rahmen persönlicher Befragungen Zeugnis abgelegt.

Neben den Zeugenaussagen erhielten wir die Unterstützung der Organisationen ehemaliger politischer Häftlinge und suchten nach Informationen in den Archiven von Menschenrechtsorganisationen. Die zeitgenössische Berichterstattung wurde ebenso analysiert wie Berichte internationaler Organisationen, Verzeichnisse von Gefängnissen sowie Dokumente und Zeugnisse, die den Opfern von den offiziellen Stellen im Moment ihrer Freilassung ausgestellt wurden.

Die Schlussfolgerungen der Kommission fasst ein über 600 Seiten starker Bericht zusammen, in dem sowohl Entwicklung und Umstände der Repressionen erläutert werden als auch die Funktion der Presse und die Rolle der Gerichte. Sie versäumten es, ihrer Pflicht nachzukommen, Unrecht anzuzeigen und Schutz zu gewähren. Auch die Verteidigung der Opfer auf nationalem und internationalem Niveau fand Eingang in den Bericht. Weiterhin erläutert er Foltermethoden, ihre Folgeerscheinungen bei Opfern und ihren Familien. Er stellt dar, wie diese Spätfolgen noch heute andauern und das Leben der Opfer bis heute beeinflussen. Es wurde ein Profil der Opfer sowie eine Liste der über 1.100 verschiedenen Orte der Inhaftierungen erstellt. Zum Schluss gibt der Bericht Empfehlungen zur Entschädigungspolitik in den Bereichen Justiz, Wirtschaft, Gesundheit und Bildung, zur kollektiven Anerkennung sowie zur Pflege der Erinnerung. Diese Empfehlungen wurden in ein Gesetz übersetzt, in welches zwar nicht alle Vorschläge übernommen wurden, was jedoch die sofortige Umsetzung konkreter Anerkennungsmaßnahmen bedeutete.

„Schließlich ist es wichtig zu unterstreichen, dass der Prozess der Anerkennung der Wahrheit, der Herstellung von Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung des Schmerzes noch nicht abgeschlossen ist.“

Schließlich ist es wichtig zu unterstreichen, dass der Prozess der Anerkennung der Wahrheit, der Herstellung von Gerechtigkeit und der Wiedergutmachung des Schmerzes noch nicht abgeschlossen ist. Wir hoffen, dass durch das Beleuchten und Vergegenwärtigen der Menschenrechtsverletzungen die Anerkennung der Grundrechte für alle Personen bewusst wird. Aus dem Geschehenen können wir Lehren ziehen. Das ist sogar unsere Pflicht, um dann auf diesen Erkenntnissen unser heutiges wie zukünftiges Zusammenleben zu gründen. Dies muss erfolgen in Anerkennung der Würde des Menschen, der Inakzeptanz von Gewalt als Mittel politischen Handelns, des Respekts der körperlichen und geistigen Unverletzlichkeit aller ihrer Freiheit entzogenen Personen sowie der Existenz von Normen, welche die unveräußerlichen Rechte der Menschen schützen und die unter allen Umständen respektiert werden müssen. Der Schmerz, auf dessen Grundlage wir all dies lernen, ist zu tief, um vergessen werden zu können. Auf ihm basiert unsere Verpflichtung für die Rechte jeder einzelnen Person.

Nun, da ich Ihnen meine Dankbarkeit ausspreche und mich verabschiede, möchte ich unterstreichen, dass der Empfang dieses Preises von einer deutschen Stiftung wie der Friedrich-Ebert-Stiftung einen doppelten Wert hat. Denn der Preis wird mir somit von denen gewährt, die für die Freiheit und die Würde der Menschen gelitten und gekämpft haben und die sich während des dunklen Kapitels unserer Geschichte solidarisch zeigten mit dem Kampf um und der Suche nach Demokratie und Menschenrechten in meinem Heimatland.

Gesellschaften können aus ihren Fehlern und Grausamkeiten lernen. Ebenso wie Deutschland hat Chile die Möglichkeit, ausgehend von der Anerkennung der Gräueltaten von Chilenen gegen Chilenen sowie des Schweigens und der Komplizenschaft



eines großen Teils unserer Gesellschaft wirklich zu lernen, dass die Würde und Rechte des Menschen niemals verletzt werden dürfen. Ich hoffe, dass wir diese Herausforderung weiterhin annehmen und dass wir in der Lage sind, unsere Demokratie und unser Alltagsleben auf Grundlage der Gültigkeit und Förderung der Menschenrechte neu zu begründen.

Danke.

# Dankesrede

Dr. Salomón Lerner Febres

Sehr geehrte Damen und Herren, nicht ohne Opfer oder Qualen, bestätigt durch die Leidenschaft und Vernunft Tausender kluger und geistreicher Männer und Frauen in der ganzen Welt, teilen wir als gemeinsame Kultur die Vorstellung, dass die Menschlichkeit unserer Mitbürger und ihre Würde immer politischen Intentionen oder Vorhaben übergeordnet ist und sein muss. Diese Vorstellung ist in diesen Tagen so selbstverständlich wie hart

erkämpft. Kein Gemeinschaftsleben lohnt es verteidigt zu werden, wenn die Gemeinschaft keinen Respekt hat vor der Würde, die sich aus unserer Existenz als menschliches Wesen ergibt. Und dies, wir dürfen das nicht vergessen, konnte in erheblichem Maße durch die entscheidenden Beiträge deutscher Denker erreicht werden. Sie prägten unsere Art, den Menschen, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen. In der Tat war es Kant, der uns auf die Notwendigkeit hinwies, selbst zu

denken, um uns so als rationale und freie Subjekte zu bestätigen. Mit einer echten humanistischen Berufung stellte Hegel die Forderung nach der Anerkennung als Kern der menschlichen Interaktion ins Zentrum seiner ethisch-politischen Reflexionen. Rufen wir uns einen weiteren beispielhaften Denker in Erinnerung. Denken wir an Edmund Husserl, der uns dazu einlud, die Inter-subjektivität und Verantwortung anzunehmen, die dem individuellen Leben und der Kultur als Wurzel und Sinn inhärent sind.

Würde ich der Annahme verfallen, dass diese großzügige Würdigung der Friedrich-Ebert-Stiftung an meine Person ge-

„Kein Gemeinschaftsleben lohnt es verteidigt zu werden, wenn die Gemeinschaft keinen Respekt hat vor der Würde, die sich aus unserer Existenz als menschliches Wesen ergibt.“



richtet ist, so wäre sie fast unbedeutend angesichts der Größe und der Bedeutung dessen, was wir heute hier feiern. Es ist mir jedoch klar, dass dieser Preis nicht mir oder meiner durch die Umstände bedingten Arbeit gewidmet ist. Er gilt all denjenigen, die von verschiedensten Positionen aus immer ihr Bestes gaben und somit dafür sorgten, dass die Wahrheits- und Versöhnungskommission den ehrenhaften und überwältigenden Auftrag erfüllen konnte, den die Nation ihr auferlegte, um so die Wahrheit über zwei Jahrzehnte der Gewalt in meinem Land ans Licht zu bringen. Auf diese Weise soll der Weg zu Gerechtigkeit und Aussöhnung zwischen den Peruanern geöffnet werden.

Es ist jedoch noch mehr als das. Ich würde sogar sagen, dass durch die Verleihung dieses Preises an die Institution, der ich vorsitzen durfte, letztlich nicht nur diese gefeiert wird. Auch eine neue Etappe meines Heimatlandes sowie die Möglichkeiten, die sich dadurch für ein humaneres und gerechteres Zusammenleben eröffnen, werden gewürdigt. Ich spreche von der Entscheidung unserer Nation, mutig die eigene Geschichte zu betrachten und endlich diese schwere Decke der Gleichgültigkeit aufzuheben,

die während so langer Zeit die Opfer der Gewalt zum Schweigen verurteilte und sogar zum Spott werden ließ. Es geht um Zehntausende von einfachen Menschen, denen man Hab und Gut, das Leben und ihre Identität entriss, ohne dass der öffentliche Staat, also die staatlichen Institutionen, die Vorzimmer der Gerichte, die Politiker, die Medien oder die Durchschnittsbürger sich dieser Tragödie angenommen hätten oder wenigstens erschüttert gewesen wären.

Wenn wir, die wir in der Wahrheitskommission gearbeitet haben, die nun abgeschlossene Aufgabe sowie die nun nötigen Konsequenzen unserer Anstrengungen betrachten, so kommen wir oft in die Verlegenheit, in wenigen Sätzen das übergeordnete Ziel unserer Arbeit ausdrücken zu müssen. Ich kann jedoch bestätigen, dass unsere Arbeit letztlich ein Versuch war, wahrheitsgetreu die Realität unseres Landes widerzuspiegeln und so in allen Peruanern eine tiefgehende Reflexion darüber anzustoßen, was wir sind und was wir nicht sein sollen. Es ist eine Reflexion, die in unser Selbstbild integriert werden sollte, um so zu einem Akt des kollektiven Bewusstseins und zu einem Kriterium zu werden, das unser gemeinsames Handeln als Bürger sowie als politische und moralische Wesen bestimmt.

Das jedoch kann nur erreicht werden, wenn wir uns die Überzeugung vom absoluten Wert der Menschenrechte zu eigen machen. Denn diese stellen heute die Trennlinie dar zwischen Barbarei, die wir für immer hinter uns lassen müssen und Zivilisation, in der wir leben und unsere zukünftige gemeinsame Heimat aufbauen wollen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu unterstreichen, dass eine Gesellschaft sich nicht durch den Grad der Entfaltung ihrer industriellen Stärke oder durch ihre wissenschaftliche und technische Innovationsfähigkeit als Zivilisation oder Barbarei kennzeichnet, ebenso wenig wie durch die formale Rationalität ihres politischen und administrativen Systems oder die Effizienz oder Ineffizienz ihrer Wirtschaftsordnung. Sie ist es ganz einfach durch den Grad, zu dem sie die

öffentliche Macht organisieren und das Bewusstsein ihrer Bürger erwecken kann, so dass diese Gesellschaft immer eine Gesellschaft für Menschen ist und keine Maschinerie, die sich der Menschen im Namen einer politischen, ökonomischen oder sonstigen Macht bedient. Ich spreche von einer Gesellschaft, in der die Gerechtigkeit regiert.

Unterstreichen müssen wir allerdings, auch in Bezug auf die Geschehnisse in meinem Land, dass das Fehlen von Wahrheit ein Unrecht darstellt, welches korrigiert werden muss. Die Abwesenheit von Strafe für die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen bedeutet einen Mangel an Gerechtigkeit und einen Affront für die Opfer. Dies müssen wir beheben. Der Verlust von geliebten Menschen und von Eigentum, Tausende erlittener Vorfälle ohne Entschädigung oder wenigstens Anerkennung der Schuld bedeuten eine gravierende Ungerechtigkeit, die das heutige Peru unter Druck setzen. Die Zuerkennung von Entschädigungen wird dadurch notwendig, auch wenn diese immer zu niedrig sein werden. Ein Staat, der nicht alle Bürger erreicht und Ungerechtigkeit, Ausgeschlossenheit, Diskriminierung und Armut der hilfsbedürftigsten Peruaner in Kauf nimmt, stellt ein großes historisches Unrecht dar. Dies erfordert tiefgehende Reformen in unserer Gesellschaft und in unseren Institutionen.

Meine Damen und Herren, die peruanische Wahrheitskommission hatte das Ziel, ihr Land zur Erinnerung, Anerkennung und zur Handlungsbereitschaft zu führen. Es ist möglich, dass sie mit ihrer Anstrengung einen nicht vorhersehbaren, jedoch sehr wertvollen Verdienst errungen hat: Sie hat den Peruanern gezeigt, dass die Verteidigung der Menschenrechte nicht nur ein weiterer Punkt auf der Agenda einer kleinen Gruppe ist, sondern dass sie die richtige Art und Weise darstellt, demokratisch und gerecht zu handeln. Sie ist somit für alle Peruaner unabhängig

„Die Abwesenheit von Strafe für die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen bedeutet einen Mangel an Gerechtigkeit und einen Affront für die Opfer.“

ihrer politischen Ausrichtung, ihrer Beschäftigung oder ihres Berufs eine Verpflichtung.

Ich hoffe Sie erlauben es, dass ich zur Veranschaulichung auf meine persönliche Erfahrung zurückgreife. Ich kam aus der akademischen Welt zur Wahrheitskommission, genährt von der Erfahrung philosophisch-moralischer Reflexion, die ich zunächst als Student und dann als Professor und Experte in meiner Alma Mater, der Pontificia Universidad Católica del Perú, durchführen konnte. Ich wusste nicht so genau, was mir die Konfrontation meiner tiefen Überzeugungen und meiner Kenntnisse mit der unmittelbaren Vergangenheit meines Landes bescheren würde. Und was ich fand, war eine reiche, komplexe, vielleicht erschütternde, immer jedoch interpellierende Welt.

Durch die direkte und unvergessliche Erfahrung bestätigte sich, was ich zuvor nur theoretisch kannte: Die Verteidigung der

“Die Verteidigung der Menschenrechte ist eine Aufgabe aller und mehr als nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber anderen.“

Menschenrechte ist eine Aufgabe aller und mehr als nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber anderen. Sie ist in herausragender Weise ein Abenteuer, das konstitutioneller Bestandteil meines eigenen Lebens ist. Folgt man den Lehren Emmanuel Lévinas, so ist es letztlich das „Andere“, das mich ausmacht und meiner Existenz und Freiheit Sinn verleiht. Dieses „Andere“ ist in

erster Linie alles Schutzbedürftige: Der Waise, die Witwe und der Pilger. Ich konnte dieses „Andere“ und gleichzeitig mich selbst in den Leidgeprüften unseres Landes finden, in all diesen einfachen Männern und Frauen, von denen normalerweise nicht gesprochen wird. Denn, wie jemand einmal sagte, sie wurden von uns in das Land des Unwichtigen vertrieben.

Ich traue mich daher, liebe Freunde, im Namen all dieser Menschen diese Auszeichnung entgegen zu nehmen. Sie kann nicht unverdienter sein, wenn sie an eine Person geht, die nur ihre Pflicht erfüllte und die, während sie diese erfüllte, das Glück hatte, sich selbst und ihr Land zu finden. Aber gleichzeitig kann

die Auszeichnung nicht gerechtfertigter und angebrachter sein, wenn sie durch mich als Vermittler an all die Tausende von Peruanern gerichtet ist, die mit ungebrochener Würde das Unglück überlebten und die noch heute von ihrem Staat und allen ihren Mitbürgern auf die ihnen zustehende Anerkennung warten.

Vielen Dank.

# Podiumsdiskussion

## Ohne Vergangenheitsbewältigung keine Zukunft

Der schwierige Weg Menschenrechte zu schützen – Spannungen zwischen Wahrheitsfindung, Strafgerichtsbarkeit und Versöhnungsarbeit.

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2005 an Vertreter der chilenischen und peruanischen Wahrheitskommissionen zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen würdigt die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) deren Einsatz für Demokratie, Gerechtigkeit und Menschenrechte. Mit María Luisa Sepúlveda Edwards und Dr. Salomón Lerner Febres wurden in diesem Jahr zwei Persönlichkeiten geehrt, die sich in herausragender und beispielhafter Weise dafür eingesetzt haben, Menschenrechtsverletzungen in ihren Heimatländern aufzuklären, die Durchsetzung von Wahrheit und Gerechtigkeit zu fördern, sowie die Voraussetzungen zur Versöhnung zu schaffen. Mit der diesjäh-





rigen Ehrung geht der Menschenrechtspreis, der seit 1994 verliehen wird, erstmals nach Lateinamerika. Die Grundwerte der Stiftung – Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität – sind eng mit der Anerkennung der Menschenrechte verknüpft. Die Entwicklung einer rechtsstaatlichen und demokratischen Kultur in den Partnerländern fördert auch die Achtung der Menschenrechte.

Die Preisträger wurden für ihre Arbeit als geschäftsführende Vorsitzende der chilenischen Nationalen Kommission zu politischer Haft und Folter und Vorsitzender der peruanischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung geehrt. Moderiert von Renate Wilke-Launer, Redaktion der Zeitschrift *Der Überblick*, diskutierten sie im Berliner Haus der Stiftung mit Hans-Joachim Daerr, Abteilungsleiter für Globale Fragen und Vereinte Nationen im Auswärtigen Amt, und Dr. Rainer Huhle vom Nürnberger Menschenrechtszentrum. Das Thema der Podiumsdiskussion lautete: *Der schwierige Weg Menschenrechte zu schützen – Spannungen zwischen Wahrheitsfindung, Strafgerichtsbarkeit und Versöhnungsarbeit.*

In Chile richtete sich die Gewalt gegen die politischen Gegner des Regimes, während in Peru vor allem die indigene Bevölkerung betroffen war. Chiles Militärdiktatur endete bereits 1990, der peruanische Bürgerkrieg hingegen dauerte bis in das Jahr 2000. Die Kommission zu politischer Haft und Folter ist bereits die zweite Kommission in Chile, die Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur untersucht. Die erste Kommission legte ihren Bericht schon 1991 vor. Damals war die Aufarbeitung noch allein auf das Schicksal der Toten und Verschwundenen konzentriert. Erst mit dem Bericht der zweiten Kommission, der im November 2004 veröffentlicht wurde, werden auch die Überlebenden von politischer Haft und Folter berücksichtigt. Die Kommission dokumentierte mehr als 35.000 Zeugenaussagen, 28.000 Personen wurden als ehemalige politische Gefangene anerkannt und haben damit Anspruch auf Entschädigung.



Peru hat nach dem Vorbild der südafrikanischen Wahrheitskommission die Opfer in öffentlichen Anhörungen, oft auch in entlegenen Landesteilen, sprechen lassen. Rund 17.000 Zeugenaussagen wurden gesammelt, die Tötung von rund 75.000 Menschen belegt. Mitglieder der Streitkräfte wurden nicht befragt, die Namen der Täter nicht veröffentlicht. Nur ein sehr kleiner Teil der Angeklagten wird vor Gericht gestellt. Der Bericht beschränkt sich nicht auf die Beschreibung der Gräueltaten, er beleuchtet auch die Ursachen des Konflikts.

Sepúlveda Edwards arbeitet seit 32 Jahren für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und für die Aufarbeitung der Verbrechen der chilenischen Diktatur. Der Bericht der von ihr geschäftsführend geleiteten Kommission belegt den systematischen Charakter der Menschenrechtsverletzungen, die von höchster Stelle angeordnet wurden. Die Berücksichtigung der Überlebenden der Pinochet-Diktatur ist ein wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte Chiles. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist für Sepúlveda Edwards ein Prozess ohne

„Die Berücksichtigung der Überlebenden der Pinochet-Diktatur ist ein wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte Chiles.“

Schlusspunkt, da das Leiden einer Generation mindestens so lange fort dauert, wie diese lebt.

17 Jahre lang wurden die Menschenrechte in Chile „mit Füßen getreten“, die Taten und das Leiden der Einzelnen und der Gesellschaft verleugnet. Sepúlveda Edwards erläuterte, dass es der chilenischen Bevölkerung nach Vorlage des „sehr deutlichen“ Berichts der ersten Untersuchungskommission Anfang der neunziger Jahre noch nicht möglich gewesen sei, den Opfern Gehör zu schenken oder sich mit den Gräueltaten zu befassen. Neben dieser allgemeinen Befangenheit der Gesellschaft im Umgang mit der Vergangenheit habe es zudem mächtige Stimmen aus Militär und Politik gegeben, die eine Aufklärung der Verbrechen und die Inhaftierung Pinochets verhindern wollten. Dessen Verhaftung in London im Jahr 1998 war nach Ansicht Sepúlvedas ein Wendepunkt in der Auseinandersetzung mit der chilenischen Diktatur. Bis vor einigen Jahren konnte der Ex-Diktator noch mit der Unterstützung von 45 Prozent der Chileninnen und Chilenen und einer ausgeprägten Bereitschaft zur Verdrängung der jüngsten Vergangenheit rechnen. Das ist heute nicht mehr der Fall. Der Bericht der zweiten Kommission habe der Gesellschaft ge-



holfen, die Realität der Folterungen und das damit verbundene persönliche Leid der Opfer anzuerkennen. Die Möglichkeit, Gerechtigkeit durch Aufklärung und Berichterstattung zu erreichen, sei nur schwer feststellbar, so Sepúlveda Edwards. Auch die Erlangung von Gerechtigkeit müsse am Ende als teleologischer Prozess verstanden werden. Gerechtigkeit könne durch rechtsstaatliche Reformen gefördert werden. Bis 2001 wurde mehr Gerechtigkeit durch die geltende Amnestiegesetzgebung blockiert. Heute sind diese Gesetze außer Kraft und die Position von Menschenrechts-Staatsanwälten geschaffen. Mitglieder der chilenischen Streitkräfte müssen ihre Taten vor Gericht verantworten, 80 wurden bislang verurteilt. Die Chilenin ließ keinen Zweifel daran, dass das bislang Erreichte noch nicht genug für die Opfer sein könne. Es „fehlt immer viel“ in dem langen Prozess der Aussöhnung. Zugleich ist das bisher Erreichte von besonderer Bedeutung für den Weg zu einer demokratischen und gerechten Gesellschaft. Die Verhaftung Pinochets, die Aufhebung der Amnestiegesetze und die Verfassungsänderung von 2005, welche die alte Pinochet-Verfassung abschafft und den Weg zur vollständigen Reform und Demokratisierung Chiles ebnet, seien wichtige Schritte im Umgang mit der eigenen Vergangenheit.

Ziel der *Kommission für Wahrheit und Versöhnung in Peru* war in den Worten ihres Vorsitzenden, Lerner Febres, Solidarität mit und Bewusstsein für die Opfer des Bürgerkrieges (1980-2000) zu schaffen. Dazu gehörte es auch, die Frage nach dem Leid der Opfer zu stellen: Was haben sie durchlitten und wie wurden sie zu Opfern gemacht? Dieses Vorgehen hat in Peru deshalb besondere Bedeutung, da vor allem Angehörige der armen Landbevölkerung Opfer des peruanischen Bürgerkriegs wurden. Ein Großteil der Opfer waren Bauern und indigene Quechua. Gerade diese Personengruppen erlangen in der von Ungleichheit und Rassismus geprägten peru-

„Ein Großteil der Opfer waren Bauern und indigene Quechua. Gerade diese Personengruppen erlangen in der von Ungleichheit und Rassismus geprägten peruanischen Gesellschaft weder Bedeutung noch Aufmerksamkeit.“



anischen Gesellschaft weder Bedeutung noch Aufmerksamkeit. Vielmehr herrscht Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid der Armen und Bauern, deren Schicksal sich fernab der Metropole abspielt. Lerner Febres betonte, dass gerade diese Gleichgültigkeit und das rassistisch begründete Desinteresse mitverantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen waren. Mittels der öffentlichen Anhörungen sollten diese Spaltung und fehlende Anteilnahme am Schicksal von rund 75.000 Toten ein Ende finden. Die öffentlichen Anhörungen haben den Opfern Raum und Möglichkeit gegeben, das Wort zu ergreifen. Über die Anerkennung ihres individuellen Leids haben sie auch Anerkennung ihrer Existenz und Würde erlangt. In den Anhörungen konnten Menschen das Wort ergreifen, die bislang vom Staat praktisch nicht gehört und beachtet worden waren. Die Anhörungen haben den Menschen und ihrem Leid einen Namen gegeben. Für viele der Opfer war ihre Anhörung die erste Gelegenheit, öffentlich über ihr Schicksal zu sprechen.

„Die Anhörungen haben den Menschen und ihrem Leid einen Namen gegeben. Für viele der Opfer war ihre Anhörung die erste Gelegenheit, öffentlich über ihr Schicksal zu sprechen.“

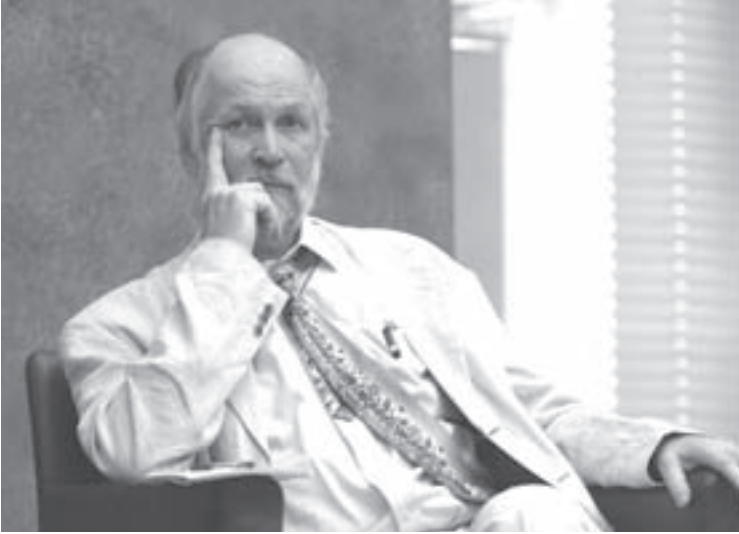
Die Wahrheitskommission Perus verfolgt mit der Anhörung nicht nur die Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch die Gestaltung der Zukunft. Für eine lebendige Demokratie ist die Kontrolle des Militärs, die Aufdeckung von Verbrechen, ein funktionierendes und für alle zugängliches Justizwesen sowie das Ende von Attentaten und Einschüchterungen von besonderer Bedeutung. Zugleich hat sich die Kommission das Ziel gesetzt, über die Aufarbeitung auch eine Reform der Gesellschaft und ihrer Institutionen zu erreichen. Das Mandat der Kommission fällt in Teilen hinter diese Erwartungen zurück, die Anhörung des Militärs war nicht Bestandteil des Mandats. Nach Meinung des Preisträgers schwächt der Bericht dennoch die Stellung des Militärs in der Gesellschaft, da es erstmals in der Geschichte Perus öffentlich „an den Pranger gestellt“ wurde. Widerstände gegen den Bericht kamen von einflussreichen Gruppen, darunter auch Angehörige der Armee. Von einer Anerkennung ihrer

Schuld könne noch nicht gesprochen werden, urteilte Lerner Febres. Andere Gruppen der peruanischen Gesellschaft hätten gewünscht, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Als Gegenpol zu dieser Haltung ist der Bericht ein Schritt hin zu einem Dialog verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und zu einem offenen Diskurs über die Vergehen. Ebenso wie für Chile gilt für Peru, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit in kleinen Schritten vorangeht und nur als langfristiger und notwendiger Prozess gedacht werden kann. Denn

„ohne Vergangenheitsbewältigung gibt es keine Zukunft“, sagte Lerner Febres.

Die peruanische Wahrheitskommission verfolgte die Vision, mittels der Anhörungen Staat und Rechtssystem für alle Peruaner zu öffnen und zugänglich zu machen. Das Aufbrechen der institutionalisierten Diskriminierung indigener und verarmter Bevölkerungsgruppen soll zentrales Ziel innergesellschaftlicher

„Ebenso wie für Chile gilt für Peru, dass die Aufarbeitung der Vergangenheit in kleinen Schritten vorangeht und nur als langfristiger und notwendiger Prozess gedacht werden kann.“



Reformprozesse sein. Besondere Bedeutung hat die Reform des Rechtsstaats. Die Rechte aller Peruaner sollen besser vertreten und die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vorangebracht werden.

Ob die Arbeit der Kommission zur Verbesserung des politischen Klimas und der Funktionsweise der politischen Institutionen Perus beigetragen hat bleibt fraglich. Inwieweit eine Kommission mit eingeschränktem Mandat und sechsmonatiger Arbeitszeit dies auch nur annähernd erreichen kann, wurde offen bezweifelt. Huhle vom Nürnberger Menschenrechtszentrum betonte die Notwendigkeit genau hinzuschauen, was die Menschen geleistet und erreicht haben, was gelungen und was gescheitert sei. Er hinterfragte die Möglichkeiten von Wahrheitskommissionen kritisch. Nachdem die verantwortlichen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen den Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten versäumt hätten, würde den Kommissionen – meist zusammengesetzt aus den angesehensten Persönlichkeiten eines Landes – die Aufgabe zuteil, Wahrheit und Gerechtigkeit wieder herzustellen. Damit erhalten sie nach

Meinung Huhles ein „völlig überdehntes Mandat“. Er bezweifelte, ob Wahrheit und Gerechtigkeit erreicht werden können, wenn wie im Beispiel Perus nur 47 Fälle vor Gericht verhandelt werden. Der Experte stimmte mit dem peruanischen Bericht darin überein, dass neue demokratische Strukturen geschaffen werden müssten, stellte aber zugleich fest, dass die Reform von Institutionen oder der Aufbau demokratischer Strukturen durch die Arbeit der Kommissionen unmöglich sei. Den staatlichen Tätern werde in dem Bericht „aus dem Weg gegangen“. Nur in den Dörfern, wo Opfer und Täter als Nachbarn miteinander weiter leben, haben sich Rituale und Mechanismen herausgebildet, die eine Reintegration der Täter in die Gemeinschaft erlauben.

Mit der Frage nach den Handlungsoptionen der internationalen Gemeinschaft im Falle von Menschenrechtsverletzungen wandte sich Wilke-Launer an den Vertreter des Auswärtigen Amtes. Daerr verdeutlichte, dass Menschenrechtsverletzungen dieser Dimension ein globales Phänomen seien und auf multilateraler Ebene im Kontext der Vereinten Nationen (VN), aber auch durch die Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen bearbeitet werden müssen. Auf der internationalen Ebene seien Bewusstsein und Ausmaß systematischer Menschenrechtsverletzungen gewachsen. Zur Durchsetzung der Menschenrechte auf internationaler Ebene müsse das Instrumentarium der VN reformiert werden, wie es mit der Einrichtung des Menschenrechtsrates angedacht ist. Die Mechanismen systematischer Menschenrechtsverletzungen und die damit verbundenen Missstände müssten durchbrochen und untersucht werden können. Eine weitere Aufgabe der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen sei die internationale Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten und die kritische Begleitung der Aufarbeitungsprozesse durch externe, internationale Akteure.

Sepúlveda Edwards hob in diesem Zusammenhang hervor, wie wichtig Unterstützung und offene Kritik an den Mechanismen



und Arbeitsweisen der Kommissionen seien. Auch die internationale Strafverfolgung, die 1998 zur Verhaftung Pinochets geführt hatte, sei bedeutsam gewesen.

Während die deutsche Bundesregierung den Aufarbeitungsprozess in Chile und Peru unterstützt, muss sie sich zugleich der Kritik stellen, die Zusammenhänge um *Colonia Dignidad* in Chile nicht angemessen aufgeklärt und reagiert zu haben. Die Chilenin erklärte, *Colonia Dignidad* sei ein Staat im Staate gewesen, so dass die chilenische Regierung auch nach dem Ende der Diktatur die Aktivitäten weder unterbinden noch die Kolonisierten schützen konnte. Dennoch sind in den vergangenen Monaten mehr Fortschritte gemacht worden als in den vergangenen 40 Jahren. Die Menschenrechtsaktivistin gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland Chile auch bei der Aufarbeitung dieser Vergangenheit helfen und seinen Beitrag leisten werde. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes stellte die enge Zusammenarbeit bei Aufarbeitung und Auflösung von *Colonia Dignidad* außer Frage, zog jedoch in Zweifel, wie viel Energie man für diesen weit zurückliegenden

„Dennoch sind in den vergangenen Monaten mehr Fortschritte gemacht worden als in den vergangenen 40 Jahren.“



Aspekt der gemeinsamen Geschichte aufwenden wolle. Menschenrechtsexperte Huhle forderte Daer auf, die Unterlagen für Historiker frei zu geben.

Auch in Peru ist die internationale Hilfe von großer Bedeutung für die Kommissionsarbeit gewesen. Die Hälfte des Kommissionsbudgets wurde mit ausländischen Mitteln finanziert. Die Bereitstellung von Geldern für die Wiedergutmachung durch die internationale Gemeinschaft wurde von der peruanischen Regierung allerdings abgelehnt. Jenseits der Finanzierung besteht auch nach Ansicht von Lerner Febres die moralische Verpflichtung, die Arbeit der Kommissionen „genau zu beobachten“, da die Aufmerksamkeit und das Interesse anderer Regierungen die Kommissionsarbeit nicht nur in Fragen des internationalen Rechts und des internationalen Menschenrechtsschutzes unterstützt haben. Die kritische Begleitung und das beständige Interesse an den Ergebnissen der Kommission ist für die Arbeit der Kommissionen von großer Bedeutung. Auch in der Diskussion mit dem Plenum wurde deutlich, dass es in der internationalen Menschenrechtsarbeit in Zukunft vor allem auch auf das Verhindern systematischer Menschenrechtsverletzungen ankommen wird.

„Die kritische Begleitung und das beständige Interesse an den Ergebnissen der Kommission ist für die Arbeit der Kommissionen von großer Bedeutung.“



**Teilnehmer der Podiumsdiskussion:**

*María Luisa Sepúlveda Edwards*

Geschäftsführende Vorsitzende der Nationalen Kommission  
zu politischer Gefangenschaft und Folter, Chile

*Dr. Salomón Lerner Febres*

Vorsitzender der Kommission für Wahrheit und Versöhnung, Peru

*Hans-Joachim Daerr*

Abteilungsleiter Globale Fragen und Vereinte Nationen,  
Auswärtiges Amt

*Dr. Rainer Huhle*

Nürnberger Menschenrechtszentrum

Moderation: *Renate Wilke-Launer*, Redaktion „Der Überblick“

*Die Menschenrechtsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung:*

<http://www.fes.de/L/handbuchmensenrechte/>

<http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/INTERNATIONAL/Lateinamerika/1-amerika.HTML>

[http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/INTERNATIONAL/LATEINAMERIKA/EINLADUNG\\_SEPT\\_07.PDF](http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/INTERNATIONAL/LATEINAMERIKA/EINLADUNG_SEPT_07.PDF)





Ceremonia

**Entrega del  
Premio de Derechos Humanos 2005  
de la Fundación Friedrich Ebert**

para

**María Luisa Sepúlveda Edwards**  
Chile

y

**Dr. Salomón Lerner Febres**  
Perú

El Miércoles,  
7 de Septiembre de 2005



# Contenidos

**Prefacio** **64**

**Discurso de bienvenida**

Anke Fuchs

Presidenta de la Friedrich-Ebert-Stiftung **74**

**Laudatoria**

Hans Matthöfer

Ministro federal retirado **79**

**Discurso de agradecimiento**

María Luisa Sepúlveda Edwards **88**

Dr. Salomón Lerner **94**

**Panel**

El difícil camino de proteger los derechos humanos

– La tensa relación entre la búsqueda de la verdad,

la justicia penal y el trabajo de reconciliación **99**

## **Abogados defensores de los derechos humanos – Las Comisiones de la Verdad de Chile y Perú**

Hoy, la protección de los derechos humanos forma parte del canon de valores políticos de los estados democráticos de Latinoamérica. En décadas pasadas allí se cometieron gravísimas violaciones de los derechos humanos. En algunos países, en principio, afectaron a los opositores de los militares que detentaban el poder (tal es el caso de Chile), mientras que en otros, principalmente, fue la población indígena (como en el Perú) la afectada. En todo el mundo, las Comisiones de la Verdad se consideran un recurso probado para elaborar y reconstruir las violaciones de los derechos humanos ocasionadas sistemáticamente por el Estado o los grupos terroristas. En Chile, a fines de 2004 la Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura presentó el primer informe sobre derechos humanos que incluye con nombre y apellido a las víctimas que sobrevivieron a la tortura y que les permitió tomar la palabra. El informe documenta la institucionalización de la prisión política y de la tortura en la era Pinochet y acredita que estas acciones eran impulsadas por la cúpula máxima de la dictadura, que tomaba las decisiones. En el Perú, por su parte, los excesos de violencia partieron de la guerrilla maoísta y de las fuerzas armadas y afectaron en su mayoría a la población indígena. El esclarecimiento de estas violaciones sistemáticas de los derechos humanos fue la meta que se fijó la Comisión de la Verdad y la Reconciliación que presentó su informe final en 2003.



María Luisa Sepúlveda Edwards actuó como presidenta ejecutiva de la Comisión chilena. Desde 1973, esta mujer con título académico de asistente social brinda apoyo a las víctimas de las violaciones de los derechos humanos y a los familiares de éstas. El Dr. Salomón Lerner Febres fue el presidente de la Comisión de la Verdad peruana. Al entregar el informe final de la labor de la comisión, el ex rector de la Pontificia Universidad Católica del Perú, en Lima corrió el velo para que a la vista de la sociedad peruana quedara el componente étnico de la contienda armada.

## Prefacio

### Cómo enfrentar el pasado – las Comisiones de la Verdad de Chile y del Perú

En numerosos países de Latinoamérica se practicaron gravísimas violaciones de los derechos humanos entre los años 1970 y 2000. En algunos países, en principio, se infringieron contra los opositores políticos de los militares que detentaban el poder (así ocurrió en Chile, Argentina y Uruguay), en otros se practicaron contra la población indígena (como en el Perú y en Guatemala). El listado de prácticas de represión comprendía condiciones inhumanas de detención, torturas, violaciones, ejecuciones y la desaparición de personas sin dejar rastro. Si bien los gobiernos responsables ciertamente reconocían estas violaciones de los derechos humanos a través de representantes de instituciones públicas, por lo general las atribuían a excesos lamentables de unos pocos individuos.

“La elaboración y la recuperación de este pasado, en gran medida condiciona la capacidad de una sociedad de recobrar la confianza en el Estado de derecho y de resolver conflictos según las reglas que lo rigen.”

La elaboración y la recuperación de este pasado, en gran medida condiciona la capacidad de una sociedad de recobrar la confianza en el Estado de derecho y de resolver conflictos según las reglas que lo rigen. Pero muchas veces por temor a la polarización de la sociedad, la elaboración ofensiva de las violaciones de los derechos humanos no se hacía. De reciente data son la discusión pública y el apoyo político a los reclamos de reconocimiento público por parte de las

víctimas y la persecución jurídica de los perpetradores.

En lo internacional, las comisiones de la verdad se consideran un recurso probado para la elaboración de las violaciones de los derechos humanos practicadas en forma sistemática a través

del Estado o de agrupaciones terroristas. A comienzos del año 2005, la Fundación Friedrich-Ebert junto con la GTZ (la Sociedad de Cooperación Técnica Internacional de Alemania), organizaron en Berlín una conferencia internacional para tratar el tema “A partir de la reconstrucción del pasado hacia un futuro común – desafíos de reconciliación regionales y globales”. En el centro de la conferencia se colocaron las similitudes y los requisitos de los procesos de reconciliación. A pesar de las diferencias regionales pudo encontrarse un punto neurálgico común. Así es que la reconciliación siempre debe provenir del seno mismo de la sociedad; la transformación social y política profunda son imprescindibles para que esta reconciliación llegue a buen puerto. Y aún así no puede citarse un tipo de búsqueda de la verdad institucionalizado de vigencia universal, sino que toda elaboración de la injusticia cometida debe echar luz sobre la historia y la cultura de conflictos de la sociedad afectada. Los instrumentos de la reconciliación y la futura manera de evitar los conflictos pueden y deben ser totalmente diferentes, ya que no existe un camino de validez universal.

También en Chile y en el Perú, las comisiones se valieron de diferentes herramientas para aplicar a esta tensa situación de relaciones.

En Chile, el primer informe de derechos humanos que permitió que las víctimas sobrevivientes de la tortura hablaran fue publicado a fines de 2004. Por primera vez, los miembros de las fuerzas armadas y de la policía reconocían la aplicación sistemática de la tortura. Para las víctimas de la tortura, el informe de la Comisión implicaba un derecho a recibir una indemnización en forma de pensión y de otros servicios sociales. Pero aún más importante fue el reconocimiento moral de los hechos, sobre los que imperó el silencio durante mucho tiempo. Presentó este informe la Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura.

“Por primera vez, los miembros de las fuerzas armadas y de la policía reconocían la aplicación sistemática de la tortura.”

Mientras que en el Perú, el cometido de esclarecer las violaciones de los derechos humanos practicadas sistemáticamente quedó a cargo de la Comisión de la Verdad y la Reconciliación. En agosto de 2003 presentó un informe sobre los delitos de la guerra civil entre la guerrilla (Sendero Luminoso y Túpac Amaru/MTRA), las fuerzas de seguridad y los grupos paramilitares que azotó el país entre 1980 y 2000. El informe también analizaba las razones que llevaron a este conflicto y realizaba reclamos puntuales, entre los cuales había reformas de la policía, las fuerzas armadas y la justicia, juicios ordinarios contra los actores de los hechos aberrantes y medidas concretas de reparación para las víctimas. La Comisión de la Verdad del Perú fue la primera comisión latinoamericana que realizó audiencias públicas.

Con el otorgamiento del Premio Derechos Humanos a María Luisa Sepúlveda Edwards y al Dr. Salomón Lerner Febres, la Fundación Friedrich-Ebert rinde honores a los esfuerzos efectuados por las comisiones peruana y chilena por esclarecer las violaciones de los derechos humanos. María Luisa Sepúlveda Edwards se desempeñó como vicepresidenta ejecutiva de la Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura. Esta mujer que obtuvo el título de asistente social ya está luchando desde 1973 por la protección de los derechos humanos, además de brindar apoyo a las víctimas de las violaciones de los derechos humanos y a sus familiares. Como colaboradora y gerenta del „Vicariado de la solidaridad“ ha sido galardonada por reunir la documentación más vasta del país sobre las violaciones de los derechos humanos durante la dictadura militar.

El Dr. Salomón Lerner Febres fue presidente de la Comisión de la Verdad y la Reconciliación del Perú. El entonces rector de la Pontificia Universidad Católica del Perú, en Lima, sensibilizó a la sociedad peruana del componente étnico del conflicto. Recién el informe final puso de manifiesto que los grupos de población indígena habían quedado masivamente afectados y que la

marginación de estas personas persistía. Después de que la Comisión de la Verdad entregara su informe, Salomón Lerner Febres fundó el Instituto de Democracia y Derechos Humanos en el seno de la Universidad Católica, el cual también preside. El instituto tiene por cometido actuar de enlace entre la doctrinario y académico, y la práctica social.

Aunque ambas comisiones de Chile y del Perú se valieran de diferentes medios, su fin supremo era idéntico: el reconocimiento de los derechos humanos para hacer realidad la democracia y la justicia. Para la Fundación Friedrich-Ebert, la democracia y la solidaridad se encuentran en el centro del trabajo político-social. Estos principios forman un vínculo inseparable con el reconocimiento de los derechos humanos. La FES brinda apoyo al desarrollo de una cultura del Estado de derecho y de la democracia en sus países asociados, porque sólo de este modo puede garantizarse el respeto de los derechos humanos.

El Premio Derechos Humanos de la Fundación Friedrich-Ebert sigue esta tradición. Con María Luisa Sepúlveda Edwards y el Dr. Salomón Lerner Febres en 2005 también se rinden honores a personalidades que intervinieron de manera destacada y ejemplar a favor del esclarecimiento de las violaciones de los derechos humanos en sus respectivos países de origen, para así lograr que se impongan la verdad y la justicia.

El Premio Derechos Humanos de la Fundación Friedrich-Ebert fue creado por el matrimonio de Karl e Ida Feist, oriundo de Hamburgo, para distinguir el trabajo de base esforzado y sostenido a favor de los derechos humanos, la dignidad y la paz. En estos momentos, el premio tiene una dotación de 10.000 euros. Hasta la fecha fueron distinguidos con el Premio Derechos Humanos: la Asociación Marie-Schlei (1994), la Prof. Dr. Ewa Łętowska, en su momento “Defensora del Pueblo” del Parlamento polaco (1995), el General Olusegun Obasanjo, hoy presidente de Nigeria (1996), el padre Petar Anđelović, OFM, provincial de la Orden Franciscana en Sarajevo (1997), Omar Belhouchet,

periodista y editor de “El Watan” en Algeria (1998), Kailash Satyarthi, coordinador de la “Marcha global contra el trabajo infantil” de la India (1999), la Asociación de Comisiones de Madres-Soldados de Rusia (2000), el Movimiento Social de Resistencia OTPOR de Serbia (2001), la Coalición Israelí-Palestina por la Paz, IPPC (2002), el Tribunal Penal Internacional de Ruanda, ICTR (2003) y Abel Alier, ex vicepresidente de Sudán y ex presidente de la High Executive Council Southern Region of Sudán, y Mahgoub Mohamed Salih, periodista y cofundador del diario “Al Ayam” (2004).

16.00 hrs

Comienzo de la Ceremonia

2ª parte del cuarteto de cuerdas

“La Muerte y la Doncella”

Andante con Molto

de Franz Schubert (1797-1828)

Extracto del 2º acto, 1ª escena

“La Muerte y la Doncella”

de Ariel Dorfman

Palabras de Anke Fuchs

Presidenta de la Fundación Friedrich Ebert

Entrega de las distinciones

Laudatoria

Hans Matthöfer, ex-Ministro

Palabras de M. L. Sepúlveda Edwards

Palabras del Dr. Salomón Lerner Febres

Extracto del 3º acto, 1ª escena

“La muerte y la Doncella”

de Ariel Dorfman

3ª parte del cuarteto de cuerdas

“La muerte y la Doncella”

Scherzo. Allegro molto  
de Franz Schubert

17.45 hrs  
Fin de la ceremonia

Recepción

Toca y juega:

El cuarteto de cuerdas Kreisler  
Almut Schlicker, Silja Geirhardsdottir: violín  
Johannes Henschel: violonchelo,  
Karen Lorenz: viola

Freies Schauspiel Ensemble Frankfurt  
Bettina Kaminski: Paulina  
Jürgen Beck-Rebholz: Gerardo  
Hans-Peter Schupp: Dr. Roberto Miranda  
Reinhard Hinzpeter: Dirección  
Fischer Taschenbuchverlag Frankfurt, Mainz:  
Derechos de representación

Las fotos de la exposición son una gentileza de los  
premiados y de la Embajada de Chile

Idiomas:  
Alemán - Canal 1  
Español - Canal 2





En “La Muerte y la Doncella” de Ariel Dorfman, el destino reúne a tres personas en una casa distante: A Gerardo Escobar, actual abogado y durante la dictadura activista político, quien logró evitar ser apresado. En la mañana del día del encuentro, el jefe de Estado lo había nombrado presidente de una comisión encargada de esclarecer las violaciones de los derechos humanos del régimen dictatorial. A Paulina, su esposa, quien había sido torturada y violada durante la dictadura, mientras en el trasfondo se escuchaba “La Muerte y la Doncella” de Franz Schubert. Sin embargo, sus torturadores fracasaron en su intento de hacerla revelar el paradero de Gerardo.

De pronto, a ellos se suma el doctor Roberto Miranda, por cuya voz Paulina cree reconocer a su atormentador de entonces. Gerardo, horrorizado, debe presenciar como su mujer ata al Dr. Miranda a una silla a fin de forzar su confesión en un tribunal muy personal. Su marido, designado a ejercer de abogado de las víctimas, considera que con este juicio su mujer atenta

contra la constitucionalidad y la jurisdicción. Empieza una larga noche de acusaciones y de reproches morales. Quedan sin respuestas las cuestiones relacionadas con la venganza, el perdón y el olvido.



**Ariel Dorfman** nació en 1942 en Buenos Aires. Después de la toma del poder por los militares, su familia huyó primero a los Estados Unidos y emigró después a Chile. Como simpatizante de Salvador Allende tuvo que dejar también este país luego del golpe de Estado del General Augusto Pinochet, lo que logró también gracias al programa de la Fundación Friedrich Ebert para intelectuales chilenos perseguidos. Se desempeñó como catedrático de Letras y Estudios Latinoamericanos de la Universidad Duke de Carolina del Norte. En 1992, Dorfman pudo retornar a un Chile nuevamente democrático y, desde entonces, es también profesor de la Universidad de Santiago.



## Discurso de bienvenida

Anke Fuchs

Presidenta de la Friedrich-Ebert-Stiftung

Distinguidos premiados: Sra. María Luisa Sepúlveda Edwards y Dr. Salomón Lerner Febres, Excelencias, Estimado Hans Matthöfer, señoras y señores, Que hayan venido hasta aquí para compartir con nosotros este acto de entrega del Premio de Derechos Humanos de la Friedrich-Ebert-Stiftung nos produce una alegría enorme.

María Luisa Sepúlveda Edwards y el Dr. Salomón Lerner Febres se han hecho merecedores del premio que otorgamos hoy. Así rendimos honores a dos personas que con su perseverancia y valentía han luchado para que prevalezcan la verdad y la justicia.

En sus personas, al mismo tiempo queremos distinguir a las comisiones chilena y peruana para el esclarecimiento de los actos de violación de los derechos humanos, comisiones éstas que presidieron los galardonados.

Señoras y señores, que hayan venido hasta aquí en el día de la fecha en tan gran número no sólo muestra el interés por el comprometido trabajo en pos de los derechos humanos que llevaron a cabo ambos premiados y sus comisiones, sino que su presencia también expresa el reconocimiento de Uds. por este accionar de tantos años.

En todo ello somos fieles al legado que nos dejara el matrimonio Karl e Ida Feist, de Hamburgo, al que se remonta el Premio Derechos Humanos de la Fundación Friedrich Ebert. Algunas experiencias con la guerra y la persecución los impulsaron para que intervinieran activamente a favor de la paz y de la no violencia. Con este premio queremos honrar y dignificar el



ímprobo trabajo de base en defensa de los derechos humanos, muchas veces no exento de peligros. El premio expresa reconocimiento y solidaridad.

Pero al mismo tiempo también es una advertencia para quienes tienen a su cargo la protección y la defensa de los derechos humanos en virtud de su mandato político. En este sentido, la entrega del Premio de Derechos Humanos a la Sra. Sepúlveda y al Dr. Lerner también son una exhortación a los gobiernos de Chile y del Perú para que se lleven a la práctica las recomendaciones de las comisiones y para que no teman el debate público al respecto.

Las violaciones de los derechos humanos infringidas en el pasado deben ser esclarecidas y elaboradas. Las víctimas de la violencia y la persecución tienen derecho a ello. Porque este tipo de injusticias conllevan consecuencias. No pierden importancia porque un nuevo gobierno haya sido elegido democráticamente y de nuevo estén en vigencia los

“Las violaciones de los derechos humanos infringidas en el pasado deben ser esclarecidas y elaboradas.”

principios del Estado de derecho. Ni tampoco pierde importancia sólo porque ya no se hable al respecto. Por el contrario: recién el reconocimiento y la elaboración de este tipo de delitos hacen posible la reconciliación.

También en otros países encontramos ejemplos de comisiones que se ocupan de elaborar y de recuperar el pasado teniendo en cuenta estos aspectos.

Así fue que en Sudáfrica, al finalizar el Apartheid, fue creada la “Comisión por la Verdad y la Reconciliación”, cuyo objetivo no era la venganza ni la penalización, sino la reconciliación social.

Por presión de la comunidad internacional, en Indonesia también fue instituido un tribunal *ad-hoc* y en Timor del Este una comisión de búsqueda de la verdad. En Camboya encontramos una comisión similar.

A esta problemática, la Friedrich-Ebert-Stiftung otorga, en general, gran atención en su amplio trabajo internacional a favor de los derechos humanos. Así es que en abril de este año, la Fundación realizó un importante simposio internacional sobre cuestiones de la elaboración y la recuperación del pasado y de la transformación democrática en Camboya, Perú, Sudáfrica y Timor.

El otorgamiento del Premio Derechos Humanos de la Friedrich-Ebert-Stiftung en el año 2003 al Tribunal Penal Internacional de Ruanda fue otra señal importante.

En Latinoamérica, hace tiempo ya que la Fundación está comprometida con el proceso de reconciliación y pacificación para evitar futuros conflictos sociales. El Premio Derechos Humanos 2005 ha de ser un aporte destacado a ello.

Aquí entre nosotros, en Alemania, por iniciativa del gobierno del Canciller Federal Schröder, la política de derechos humanos fue fortalecida en los últimos años por nuevas instituciones. Entre ellas está el nombramiento del Delegado de Derechos Humanos en el Ministerio de Relaciones Exteriores y la creación del Instituto Alemán de Derechos Humanos. Pero en este mismo

contexto también debemos citar la creación de la Comisión de Derechos Humanos del Parlamento Federal de Alemania, el *Bundestag*.

En el marco de la reforma de las Naciones Unidas, Kofi Annan ha propuesto un Consejo Permanente de Derechos Humanos en este organismo. Con lo cual, los derechos humanos probablemente gocen de una protección clara. Esta propuesta merece apoyo. Una revalorización internacional como esta sería una clara declaración de reconocimiento. También fortalecería y alentaría a todos los que, a diario, con enorme sacrificio personal y haciendo frente a más de una dificultad, se ocupan de que los derechos humanos se cumplan. Nuestros premiados son un acabado ejemplo de ello.

Es una particular alegría para mí, que Hans Matthöfer, el ex Ministro Federal de Finanzas y de Ciencia y Tecnología, para quien el trabajo a favor de los derechos humanos en Sudamérica fue desde siempre un deseo que lleva en su corazón, hoy esté a cargo del discurso de homenaje a los premiados.

Señoras y señores, el Premio Derechos Humanos 2005 de la Fundación Friedrich Ebert es otorgado a la Sra. *María Luisa Sepúlveda Edwards*, de Chile como reconocimiento y en honor

- A su incansable y valiente intervención a favor de las víctimas de la persecución y la tortura,
- A su compromiso por el completo esclarecimiento de las violaciones de los derechos humanos realizadas sistemáticamente por integrantes de las fuerzas armadas y de la policía.
- A su intercesión a favor de una necesaria elaboración y recuperación del pasado chileno más reciente,
- A su aporte a la reconciliación y a la configuración de un futuro conjunto de todas las chilenas y los chilenos.



El Premio Derechos Humanos 2005 de la Fundación Friedrich Ebert es otorgado al *Dr. Salomón Lerner Febres*, del Perú como reconocimiento y en honor

- A su destacado esfuerzo a favor de la justicia y la reparación para las víctimas del conflicto que se extendió durante veinte años en el Perú.
- A su intervención a favor de la población indígena que por primera vez pudo dar un testimonio público sobre las injusticias sufridas.
- A su intervención a favor de las reformas y los cambios sociopolíticos del Perú, sin los cuales la reconciliación no será posible,
- A su labor de permanente advertencia con el fin de recordar y documentar lo ocurrido.

En nombre de nuestra Fundación, felicito y agradezco a Uds. y a todos los miembros de las comisiones que integran por su compromiso. Deseo a todos, que el trabajo en sus países de origen y en sus gobiernos encuentre la atención necesaria y que sus recomendaciones puedan llevarse a la práctica en forma consecuyente.



## Laudatoria

Hans Matthöfer  
Ministro Federal retirado

Estimada Sra. Sepúlveda Edwards, estimado Dr. Lerner Febres: quiero extenderles mi más cordial felicitación por haber sido distinguidos con el Premio Derechos Humanos de la Fundación Friedrich-Ebert.

Como presidentes de las Comisiones de la Verdad chilena y peruana respectivamente se han comprometido con enorme éxito en el esclarecimiento de las violaciones de los derechos humanos, y, por ende, han fortalecido en forma categórica los principios de la evolución democrática y pacífica de sus países.

En Chile y en el Perú, las violaciones de los derechos humanos tuvieron como base diferentes situaciones de partida. Por eso, también los mandatos de las comisiones en cuanto a su esclarecimiento fueron diferentes.

En Chile, el 11 de septiembre de 1973 un grupo de generales de derecha dio un golpe contra el presidente socialista Salvador Allende, elegido para la unidad popular. La Constitución fue dejada sin efecto, el Congreso disuelto y los partidos políticos prohibidos.

En los 17 años de dictadura militar que siguieron ueron asesinadas aproximadamente 3.000 personas innumerables perseguidos debieron huir al exilio hasta el día de la fecha. Cientos de destinos de opositores secuestrados todavía siguen sin esclarecerse. Las heridas que han dejado el encarcelamiento, la tortura, el exilio y la “desaparición” de familiares todavía no han sanado.

“En Chile y en el Perú, las violaciones de los derechos humanos tuvieron como base diferentes situaciones de partida. Por eso, también los mandatos de las comisiones en cuanto a su esclarecimiento fueron diferentes.”



En 2003, el presidente chileno Ricardo Lagos dio nacimiento a la “Comisión Nacional sobre Prisión política y Tortura”. María Luisa Sepúlveda Edwards fue designada vicepresidenta y presidenta ejecutiva. Si bien ya había existido una Comisión de la Verdad en Chile inmediatamente después de finalizada la dictadura de Pinochet, ésta se limitó exclusivamente a investigar los asesinatos y las “desapariciones”. Según los responsables de entonces, para develar por completo la verdad todavía no se contaba con la madurez suficiente.

Este hueco de la justicia fue cerrado por la “Comisión Nacional sobre Prisión política y Tortura” en el año 2003, que investigó los casos de opresión política, persecución y tortura durante la dictadura militar entre 1973 y 1990. En noviembre último presentó su informe final que comprende más de 27.000 víctimas. Se hicieron públicas las condiciones en que se mantenía en prisión y se torturaba a las personas. Por primera vez se acreditó claramente que la tortura y la muerte no habían sido excesos de unos pocos, sino que el mandato provenía de las filas superiores de la Junta Militar.

“ Por primera vez se acreditó claramente que la tortura y la muerte no habían sido excesos de unos pocos, sino que el mandato provenía de las filas superiores de la Junta Militar. ”

A través del informe de la Comisión, las víctimas por fin tuvieron acceso a un derecho a reparación. Pero aún más importante fue el reconocimiento público de estos actos delictivos como actos de terror: un paso sanador que era necesario dar en el marco del proceso de reconciliación nacional.

En Perú, por su parte, la situación de partida había sido otra y, por ende, a la Comisión de la Verdad le cupo otro mandato. Las violaciones a los derechos humanos perpetradas entre 1980 y 2000 no las llevó a cabo una dictadura, sino un gobierno legitimado democráticamente, pero que demostró ser demasiado débil para garantizar que los derechos humanos se cumplieran.

Fue la población rural, la que cayó víctima de los hechos de violencia. Se encontró entre los frentes de la guerrilla (es decir Sendero Luminoso y el MRTA/Túpac Amaru), las fuerzas de seguridad y los grupos paramilitares. La época quedó marcada por el temor que sentía el pueblo de que el Estado pudiera desarticularse y que Sendero Luminoso pudiera encaramarse en el poder. Esto también explica por qué eran débiles las protestas contra las violaciones sistemáticas de los derechos humanos. La ola de violencia contra las campesinas y los campesinos de los Andes se llevaba a cabo, en gran medida, al margen del conocimiento de la opinión pública, tanto de la peruana como de la internacional.

“La ola de violencia contra las campesinas y los campesinos de los Andes se llevaba a cabo, en gran medida, al margen del conocimiento de la opinión pública, tanto de la peruana como de la internacional.”

En 2001 fue creada la “Comisión de la Verdad y la Reconciliación”, cuya presidencia quedó a cargo del Dr. Salomón Lerner Febres. La Comisión exigió reformas en la justicia, la policía y las fuerzas armadas, juicios ordinarios para los perpetradores y medidas concretas de reparación para las víctimas. Fue la primera comisión de la verdad de Latinoamérica que permitió que las víctimas hablaran en audiencias públicas, muchas veces también en remotas zonas del país.

El número de víctimas mortales fue estimado en casi 70.000. Antes de iniciar su trabajo se había partido de aproximadamente la mitad. Tan solo este factor pone en claro lo poco que se tenía en cuenta el destino de la población rural. Este reproche no le cabe únicamente a la sociedad peruana, sino también al extranjero, ya que sólo unas pocas voces se elevaron para hacer públicos los sucesos del Perú.

Los efectos positivos que puede tener la intromisión extranjera, quedaron en claro en la década de 1970 en el caso de Chile. A través del compromiso de los socialdemócratas y de los socialistas del mundo entero fue posible que numerosos políticos y políticos democráticos, sindicalistas e intelectuales fueran liberados y protegidos.

Para el gobierno federal (de Alemania) de entonces quedaba fuera de toda cuestión: había que ejercer presión política sobre la Junta e intervenir activamente a favor de los perseguidos y exiliados políticos.

En aquel entonces yo mismo me enteré a través de reuniones y cartas, la importancia que revestía para los perseguidos la solidaridad proveniente del extranjero. Esta fortalecía la voluntad de soportar de los perseguidos, detenidos y sus familiares. La solidaridad abierta ayuda a las víctimas a no perder coraje.

Por eso quienes toman las decisiones políticas no deben esconderse detrás de la etiqueta diplomática. Cuando la libertad de un pueblo está amenazada, es necesario adoptar una postura clara, sin vueltas, y llamar a las cosas por su nombre. Después del golpe militar en Chile, el Partido Socialdemócrata de Alemania organizó numerosas campañas de apoyo político y humanitario a los demócratas chilenos perseguidos.

“La solidaridad abierta ayuda a las víctimas a no perder coraje. Por eso quienes toman las decisiones políticas no deben esconderse detrás de la etiqueta diplomática.”

Las víctimas de los militares que detentaban el poder también eran los intelectuales, además de los miembros de los partidos y de los sindicatos. Para ellos, las becas de la Friedrich-Ebert-

Stiftung fueron de ayuda en medio de la difícil emergencia económica que sufrían. Así pudieron alimentar a sus familias y a pesar de todo seguir trabajando en sus emprendimientos científicos.

Este programa de becas especiales para Chile de la Friedrich-Ebert-Stiftung tuvo efectos sociopolíticos positivos en toda Latinoamérica. Mucho más allá de América Latina permitió a la Fundación y a la democracia social de Alemania ganarse un nombre y reconocimiento.

Siempre fue importante mantener el contacto directo con los amigos detenidos y con sus familiares cada vez que esto era posible, dadas las circunstancias. El entonces Canciller Federal Willy Brandt, igual que muchos otros socialdemócratas hombres y mujeres, también se ocupó de liberar de prisión a los amigos políticos.

Esta expresión de solidaridad socialdemócrata en la lucha por la implantación de los derechos humanos y de la democracia en Chile, hoy todavía nos llena de orgullo. Aunque mucho más importante es que los éxitos de las declaraciones de solidaridad de entonces todavía hoy se vean como un incentivo y un mandato.

La fe en la democracia y la vinculación a los derechos humanos deben regir en forma irrestricta. Si la dignidad del individuo y el Estado de derecho están amenazados, no podemos ni debemos andar con rodeos.

La postura de los gobiernos de otros países siempre es importante cuando se violan los derechos humanos. La crítica abierta y la atención activa a los hechos no pasan de largo sin hacer mella al régimen de injusticia. Por eso, la publicidad de las prácticas inhumanas debe dejarlas marcadas a fuego.

Por esta razón también quiero agradecer a la Friedrich-Ebert-Stiftung. Con el otorgamiento anual

“La postura de los gobiernos de otros países siempre es importante cuando se violan los derechos humanos. La crítica abierta y la atención activa a los hechos no pasan de largo sin hacer mella al régimen de injusticia.”

del Premio Derechos Humanos honra el férreo compromiso por los derechos humanos y genera publicidad para este tema importante. En el pasado, por ejemplo, fueron destacadas personalidades e instituciones como el presidente nigeriano Obasanjo o el Tribunal Penal Internacional de Ruanda.

Este año, con la elección de la señora María Luisa Sepúlveda Edwards y del Dr. Salomón Lerner Febres, la Fundación vuelve a distinguir a personas que se han hecho merecedoras de reconocimiento por el coraje y por su enorme compromiso personal para hacer valer los derechos humanos. Por lo demás, ellos y los restantes miembros de ambas comisiones han utilizado su coraje y su enorme experiencia para darle a las víctimas un nombre y un voto y también para designar a los responsables con nombre y apellido, porque sólo así puede hacerse posible una conjunción pacífica.

El derrocamiento del gobierno democrático de la unidad popular y del presidente Salvador Allende en Chile muchas veces fue legitimado en defensa del mundo occidental contra el comunismo, tanto así también en la República Federal de Alemania. Allí había un duro enfrentamiento de opiniones. Pero justamente esta discusión, es la que garantizó que el mundo fijara su atención en los sucesos de Chile y que esta atención salvara la vida a más de un perseguido.

“Por el contrario, también nosotros (en Alemania, en Europa) hemos fracasado, cuando se trataba de asistir públicamente al pueblo peruano.”

Por el contrario, también nosotros (en Alemania, en Europa) hemos fracasado, cuando se trataba de asistir públicamente al pueblo peruano. Ud., Dr. Lerner, caracterizó el período entre 1980 y 2000 en Perú como un período de la vergüenza nacional.

El informe que presentó la Comisión que Ud. dirigía no sólo acreditó el alcance y la gravedad de las violaciones de los derechos humanos. La catástrofe peruana (igual que todas las catástrofes perpetradas por los hombres) pudo haber sido evitada y recién fue posible, gracias a la indife-

rencia y la incapacidad de quienes tomaban las decisiones políticas. Pero también a la opinión pública mundial le cabe una parte de la culpa.

La gravedad de las violaciones de los derechos humanos y las persecuciones en el Perú se llevaron a cabo al margen de la opinión pública. No debimos mirar a un costado, hubiésemos podido buscar la manera de influir en el gobierno democráticamente legitimado del Perú. Hubiésemos tenido que apoyarlo para que pusiese fin a los hechos cruentos. Pero en cambio, nos mostramos indiferentes e inactivos. En este sentido lo ocurrido no solo es una vergüenza nacional, sino también un testimonio de pobreza de la comunidad internacional.

Tanto en Chile como en Perú o en otro lugar, se requiere mucho coraje para llamar a las cosas abiertamente por su nombre y exigir justicia. Para las víctimas de la persecución y de la tortura esto implica un primer paso sanador, que la injusticia a ellos infringida sea calificada y reconocida como tal. La “Comisión Nacional sobre Prisión política y Tortura” de Chile o la “Comisión de la Verdad y de la Reconciliación” del Perú se enfrentaron a esta tarea.

En este punto, señoras y señores, permítanme expresar unas pocas palabras más sobre los premiados:

Ud., María Luisa Sepúlveda Edwards fue vicepresidenta y presidenta ejecutiva de la “Comisión Nacional sobre Prisión política y Tortura” de Chile. Con su compromiso ha realizado un aporte importante a la búsqueda de la verdad y de la justicia en Chile.

Ya desde 1973, Ud. se comprometió por el respeto de los derechos humanos y dio apoyo a las víctimas y a sus familiares. Como asesora en cuestiones de derechos humanos no sólo fue una ayuda importante para el presidente Lagos, de Chile, sino que también supo apoyar en calidad de asesora a otros gobiernos latinoamericanos con su enorme experiencia y su compromiso.

“Para las víctimas de la persecución y de la tortura esto implica un primer paso sanador, que la injusticia a ellos infringida sea calificada y reconocida como tal.”

El Dr. Salomón Lerner Febres fue presidente de la “Comisión de la Verdad y la Reconciliación” del Perú. El jurista y doctor en filosofía fue rector de la Pontificia Universidad Católica del Perú, en Lima entre 1994 y 2004, y además presidió la Unión de Universidades de América Latina.

Fue designado presidente de la Comisión por su integridad personal e intelectual y por ser incorruptible; desde la entrega del informe él es el motor que promueve ante el gobierno la puesta en práctica de las recomendaciones, en caso de ser necesario también a través de declaraciones públicas y del ejercicio de presión.

Sin verdad no puede haber justicia. Desde la década de 1980, las Comisiones de la Verdad han servido en diferentes países para esclarecer las violaciones de los derechos humanos perpetradas sistemáticamente, tales como la tortura, la violación, el





asesinato y la desaparición de personas. Para las víctimas, el reconocimiento público de su sufrimiento es de elemental importancia.

Aunque el trabajo de las Comisiones de la Verdad también puede ser mal utilizado como mera coartada para más inacción. Justamente en la fase de la transición democrática, la tentación de guardar silencio sobre el pasado es grande para un mejor manejo de un nuevo comienzo. Pero esto es un error. Sin un debate sobre la injusticia del pasado no puede haber un futuro asegurado en democracia y en un Estado de derecho.

“Sin un debate sobre la injusticia del pasado no puede haber un futuro asegurado en democracia y en un Estado de derecho.”

El trabajo de las Comisiones de la Verdad es de gran importancia para este tipo de debate. Pero sólo puede ser, siempre, un primer paso en el camino hacia la justicia y la reparación. Los decisores políticos y, en definitiva, toda la sociedad deben seguir caminando por este sendero.

Para las víctimas, el reconocimiento público de su sufrimiento es de elemental importancia. A través de ellas, las víctimas tuvieron voz. Se inició un vivo debate público sobre la justicia y la reconciliación. Ahora depende de los gobiernos de ambos países, el responder por el manejo responsable de los resultados del trabajo de la Comisión, cumpliendo la función histórica que les cabe. Solo así podrán cerrarse las heridas de la sociedad y se podrá edificar un futuro democrático conjunto.

La señora María Luisa Sepúlveda Edwards y el Dr. Salomón Lerner Febres fueron efectivos defensores de los derechos humanos, gracias a su trabajo comprometido y valiente. No sólo prestaron un servicio invaluable a las víctimas de las violaciones sistemáticas de los derechos humanos, sino a toda la población de su país. A ambos deseo que sigan encontrando todo el reconocimiento, la atención, la valoración y el apoyo que su trabajo merece.

Señoras y señores, agradezco a Uds. por la atención prestada.

## **Discurso de Agradecimiento**

María Luisa Sepúlveda Edwards

Agradezco este premio, con el cual se está reconociendo una labor colectiva, realizada por hombres y mujeres chilenos que, en difíciles condiciones decidieron defender y luchar por los derechos humanos, la recuperación de la democracia, por la justicia y la reparación a las víctimas y sus familias. Este premio lo siento e interpreto como un reconocimiento a Chile, a sus gobiernos democráticos y las instituciones y personas que han hecho efectivo su compromiso por la vida y la dignidad de las personas.

### **Trabajo y testimonio**

Llevo más de treinta años en el trabajo y preocupación por los derechos humanos y lo que puedo entregarles a ustedes, como gratitud por este reconocimiento que me honra, es mi testimonio personal de mi compromiso con los derechos humanos, mi reflexión sobre el camino chileno de verdad, justicia y reparación, y finalmente, el análisis y una breve descripción del trabajo de la Comisión de Prisión Política y Tortura.

A los pocos meses del golpe militar inicié mi trabajo en derechos humanos, como asistente social, en el Comité de Cooperación para la Paz. Allí comencé a experimentar la tensión vital de haber sido testigo de las más graves violaciones de los derechos humanos, en el horror y esto significó y, a la vez, con la oportunidad de luchar por ellos y de asistir a las víctimas, lo que creo que es mi mayor experiencia. Seres humanos afectados en su dignidad, en sus proyectos de vida y en sus esperanzas y condenados a una marginación económica y social al convertirse en víctimas de la tortura y de la prisión política. Mi trabajo tambié-



én se ha extendido al apoyo a los familiares de los ejecutados políticos y, particularmente, a los familiares de los detenidos desaparecidos.

Una vez recuperada la democracia, he colaborado con importantes procesos de reparación a las víctimas. En el último tiempo en la Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura, se reconoció la calidad de víctima a más de 28.000 personas, se generaron políticas de reparación y se consiguió ayudar a la sociedad chilena a avanzar en el proceso de reconocimiento de lo sucedido.

“ En el último tiempo en la Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura, se reconoció la calidad de víctima a más de 28.000 personas. ”

### **El camino chileno de verdad, justicia y reparación**

La recuperación de la democracia en Chile, luego de la dictadura que se extendió entre 1973 y 1990 ha sido realizada por la Concertación por la Democracia que, en su conformación y contenidos programáticos, asume como uno de sus elementos esenciales de identidad, la búsqueda de la verdad, la justicia y la reparación para las víctimas de las violaciones a los derechos humanos. Los sucesivos gobiernos de la Concertación han mani-

festado su compromiso con los valores de verdad y justicia a través de políticas concretas, que han permitido un progresivo reconocimiento de la sociedad chilena de los hechos, la obtención de justicia respecto de algunos de los crímenes más atroces y medidas de reparación para las víctimas.

Este proceso ha estado marcado por la complejidad y por el tiempo que se requiere para que una sociedad asuma los hechos ocurridos en su seno, y también ha sido impulsado por el trabajo de organizaciones de la sociedad civil, en particular por las organizaciones de víctimas y de defensa de derechos humanos, y por el compromiso de los gobiernos democráticos de avanzar

en esta materia. No ha sido un proceso exento de tensiones. El dolor e impacto en la vida de las víctimas y sus familias ha sido enorme y difícil de reparar. Por otra parte, a la sociedad chilena le ha costado asumir verdades negadas por tantos años o reconocer la responsabilidad colectiva en el ocultamiento y la negación. Ha sido difícil, también, para las instituciones y, particularmente, para las instituciones armadas, reconocer su

participación. Sin embargo, es posible identificar los significativos avances, así como el positivo impacto de políticas para la creación de un clima nacional que ha favorecido mayores grados de reconocimiento, justicia y reparación.

Esto también ha sido posible por el intenso trabajo de defensa de los derechos humanos realizado en los años de la dictadura militar. A las escasas semanas del golpe de Estado, las principales iglesias cristianas y la comunidad judía formaron el Comité Pro Paz, que luego se transformaría en la Vicaría de la Solidaridad y, posteriormente, otros organismos de derechos humanos más vinculados a la sociedad civil, realizaron una labor insustituible de defensa de los derechos humanos, de denuncia internacional y nacional de las violaciones, y de judicialización de tales denuncias. Ello no sólo permitió que dichas violaciones

“No ha sido un proceso exento de tensiones. El dolor e impacto en la vida de las víctimas y sus familias ha sido enorme y difícil de reparar.”

fueran denunciadas en su momento, sino que con posterioridad ha permitido contar con registros fidedignos de la época, los cuales han sido muy valiosos para la labor de las Comisiones de la Verdad.

La creación de las Comisiones de la Verdad ha sido la fórmula institucional de generación de consensos para distintos grupos y situaciones de violación de derechos humanos. La primera fue impulsada inmediatamente después de recuperada la democracia, relativa a víctimas de desaparición forzada, ejecuciones y muerte, y la más reciente, sobre prisión política y tortura. Han sido el eje central para abordar las más graves violaciones a los derechos humanos que afectaron a miles de chilenos. Sus miembros, de reconocida legitimidad pública, han representado a distintas sensibilidades del quehacer nacional. El trabajo de las Comisiones se ha traducido en medidas concretas de reparación para las víctimas y en significativos avances en el reconocimiento progresivo de los hechos, así como en generar esperanzas sobre el futuro.

La Comisión Nacional sobre Prisión Política y Tortura fue creada en el año 2003, es decir, 13 años después del retorno a la democracia, como consecuencia de la demanda de organizaciones civiles de derechos humanos, de organizaciones políticas y, en particular, de organizaciones de víctimas, y de la necesidad de avanzar en el reconocimiento de la masividad de la tortura, de sus consecuencias y secuelas en miles de personas.

La Comisión fue creada por decreto presidencial, designándose a ocho personas como comisionados. Fue presidida por don Sergio Valech, obispo de la Iglesia Católica, quien había sido Vicario de la Solidaridad. A mí me tocó ser la Vicepresidenta Ejecutiva. Se le asignó un mandato preciso y los recursos y autonomía necesarios para su funcionamiento, de forma que pudiera elaborar un informe que entregara las características de esta brutal forma de represión que ejecutó el régimen militar en sus 17 años en el poder, señalando la identidad de las víctimas de

prisión política y tortura y proponiendo medidas de reparación al Presidente de la República. Aproximadamente 36.000 personas entregaron su testimonio a través de entrevistas personales.

Junto con recibir los testimonios, se contó con la colaboración de las organizaciones de ex presos políticos, se buscó información adicional en los registros de los organismos de defensa de los derechos humanos. Se revisó la prensa de la época y los informes de organismos internacionales, así como los registros de las cárceles y documentos y certificados entregados a las víctimas por sus aprehensores al momento de ser liberadas.

Las conclusiones de la Comisión se reflejaron en un informe, de más de 600 páginas, en el cual se explica la historia de la represión, el papel jugado por la prensa y los tribunales, al omitir cumplir con sus deberes de denuncia y amparo, y la defensa de las víctimas a nivel nacional e internacional. Se explicaron los métodos de tortura y sus secuelas en las víctimas y sus familias, describiendo cómo esas secuelas están aún vigentes y han marcado la vida de quienes las sufrieron. Se realizó un perfil de las víctimas y una descripción de los recintos de detención, que sumaron más de 1.100. En último lugar, se entregaron recomendaciones de políticas de reparación en el ámbito jurídico, económico, de salud, de educación, de reconocimiento colectivo y de preservación de la memoria. Dichas recomendaciones fueron traducidas en una ley, que si bien no acogió la totalidad de las propuestas, significó la implementación inmediata de medidas concretas de reconocimiento.

“Finalmente, es preciso señalar que el proceso de reconocer la verdad, de hacer justicia y de reparar el dolor causado no ha concluido.”

Finalmente, es preciso señalar que el proceso de reconocer la verdad, de hacer justicia y de reparar el dolor causado no ha concluido. Es a partir de conocer y asumir las violaciones a los derechos humanos ocurridas que ciframos las esperanzas de haber aprendido, con humildad, la lección del reconocimiento de los derechos básicos de todas las personas. Podemos sacar enseñanzas de lo

ocurrido. Es un imperativo hacerlo, para fundar nuestra convivencia presente y futura en el reconocimiento de la común dignidad de los seres humanos, de la inadmisibilidad de la violencia como método de acción política, del respeto a la integridad física y psíquica de toda persona privada de libertad, y de la existencia de normas que protejan los derechos inalienables de las personas y que deben ser respetadas en toda circunstancia. El dolor sobre la base del cual surge este aprendizaje es muy profundo como para que pueda ser olvidado, y en él se funda nuestro compromiso por el respeto a los derechos de todas y cada una de las personas.

En el momento de la gratitud y de la despedida quiero destacar que recibir este premio de una fundación alemana, como la Friedrich Ebert, tiene una doble valoración. Es otorgada por quienes han sufrido y luchado por la libertad y la dignidad de las personas, y por quienes han sido solidarios con la lucha y la búsqueda por la democracia y los derechos humanos en mi patria, en un periodo oscuro de nuestra historia.

Las sociedades también pueden aprender de sus errores y de sus horrores. Así como Alemania, Chile tiene la oportunidad de, a partir del reconocimiento de las atrocidades cometidas por chilenos contra chilenos, y del silencio y complicidad de gran parte de nuestra sociedad, efectivamente aprender que el respeto por la dignidad y los derechos de cada persona jamás puede ser violentado. Espero que recojamos este desafío y seamos capaces de refundar nuestra democracia y nuestra vida cotidiana en la vigencia y promoción de los derechos humanos.

Gracias.

## Discurso de Agradecimiento

Salomón Lerner Febres

Señoras y señores, o sin sacrificios y aun martirios, afirmada por la pasión y la razón de miles de hombres y mujeres lúcidos y generosos alrededor del mundo, poseemos como cultura compartida la noción, tan natural en estos días pero tan difícilmente conquistada, de que la humanidad de nuestros semejantes y la dignidad que le es connatural están, deben estar siempre, por encima de todo proyecto o intención política y de que no hay vida en comunidad que valga la pena de defenderse si ella no está regida por el respeto de esa dignidad que nace de nuestra condición de seres humanos. Y ello, no podemos olvidarlo, pudo ser alcanzado en buena medida gracias a los decisivos aportes que el espíritu alemán ha realizado a nuestra manera de comprender al hombre, a la sociedad y al mundo. En efecto, fue Kant quien nos llamó a la necesidad de pensar por uno mis-

“No hay vida en comunidad que valga la pena de defenderse si ella no está regida por el respeto de esa dignidad que nace de nuestra condición de seres humanos.”





mo para así , afirmamos auténticamente como sujetos racionales y libres; con idéntica vocación humanista, Hegel colocó en el centro de su reflexión ético-política la demanda de Reconocimiento como el núcleo de la interacción humana; y, evocando entre otros a un pensador ejemplar, recordemos a Edmund Husserl quien nos invitó a que asumiéramos la Intersubjetividad y la Responsabilidad que le es inherente como raíz y sentido de la vida personal y de la Cultura.

Confrontada con la inmensidad de esa conquista y con la trascendencia de lo que celebramos, la distinción que, con impagable generosidad, me confiere hoy la Fundación Ebert, podría parecer de valor apenas incidental si es que yo cayera en la presunción de creer que ella está dirigida a mi persona singular. Me resulta claro, sin embargo, que este Premio no está dirigido a mi o a mi circunstancial labor, sino a los cientos de personas que desde muy diversas posiciones, pero poniendo en todos los casos lo mejor de sus capacidades, trabajaron para que la Comisión de la Verdad y Reconciliación del Perú cumpliera con el honroso y abrumador encargo que recibiera de la Nación para exponer la verdad sobre dos década de violencia en mi país y por esa vía, abrir el camino de la justicia y la reconciliación entre los peruanos.

Más aún, diré que al dirigirse este reconocimiento a aquella entidad que tuve el honor de presidir, se celebra en última instancia, más que a una organización, a un nuevo momento de la vida de mi patria ya las posibilidades que él abre para una convivencia más humana y más justa: me refiero a la decisión de nuestra Nación de mirar con valentía su propia historia y de disolver, por fin, esa espesa capa de indiferencia que durante tantos años condenó al silencio e incluso al escarnio a las víctimas de la violencia, esas decenas de miles de personas humildes a quienes se arrebató bienes, vidas y aún identidades sin que el país

“ Se celebra en última instancia, más que a una organización, a un nuevo momento de la vida de mi patria ya las posibilidades que él abre para una convivencia más humana y más justa. ”

oficial – el de las dependencias del Estado, el de las antesalas judiciales, el de los políticos, el de los medios de comunicación, el de los mismos ciudadanos de a pie – se hiciera cargo de la tragedia y ni siquiera se conmoviera por ella.

Quienes laboramos en la Comisión de la Verdad, una vez concluida la tarea, y mirando retrospectivamente lo realizado y, en perspectiva, lo que nuestro esfuerzo deja por venir, nos encontramos a menudo en aprietos para decir en pocas frases cuál fue el sentido último de nuestra labor. Podría sí afirmar que en última instancia, nuestro esfuerzo, ha sido un intento de reflejar con fidelidad la realidad de nuestro país y, por ese medio, de motivar en todos los peruanos una profunda reflexión sobre lo que somos y lo que no debemos ser, una reflexión que debe integrarse en la imagen que tenemos de nosotros mismos para así convertirse en acto de conciencia colectivo y en criterio de exigencia en cada momento de nuestra acción concertada como ciudadanos y como seres políticos y morales.

Ahora bien, ello sólo podrá conseguirse si hacemos nuestra la convicción del valor absoluto de los derechos humanos, pues ellos constituyen hoy la línea demarcatoria que separa el territorio de la barbarie, que debemos abandonar para siempre, del de la civilización, que es donde queremos habitar y construir nuestro futuro hogar compartido. Y en torno a ello, resulta necesario señalar que no es civilizada o bárbara una sociedad por el despliegue mayor o menor de su poderío industrial o de su capacidad de innovación científica y técnica; no lo es, tampoco, por la racionalidad formal de sus sistemas políticos y administrativos, ni por la eficiencia o ineficiencia de su organización económica. Lo es, simple y llanamente, por el grado en que ella ha sabido organizar el poder público y despertar la conciencia de sus habitantes de manera que esa sociedad sea siempre una sociedad para seres humanos y no una maquinaria que se sirve de los seres humanos en nombre de una ilusión de poder político, económico o de cualquier otra índole. Hablo pues de una sociedad en la que reina la Justicia.

Ahora bien, y a propósito de lo que sucedió en mi país, debemos señalar que la falta de verdad es una injusticia que debe corregirse. La falta de castigo para los responsables de violaciones de derechos humanos es una injusticia y una afrenta a las víctimas, que debe remediarse. La pérdida de seres queridos y bienes, los mil atropellos sufridos sin resarcimiento ni siquiera admisión de culpas, constituyen una quemante injusticia que agobia al Perú de hoy, y que hace indispensable el otorgamiento de, siempre insuficientes, reparaciones. La inexistencia de un Estado que no alcanza a todos los ciudadanos y que por tanto permite la exclusión, la discriminación, la pobreza y los atropellos para quienes son justamente los peruanos más desvalidos expresa una injusticia mayor, de carácter histórico la cual exige profundas reformas en nuestra Sociedad y sus Instituciones.

“La falta de castigo para los responsables de violaciones de derechos humanos es una injusticia y una afrenta a las víctimas, que debe remediarse.”

Señoras, señores, la Comisión de la Verdad del Perú ha querido, conducir a su país al recuerdo, el reconocimiento y la acción, y es posible que en su empeño haya conseguido un logro no previsto pero altamente valioso: mostrar a los peruanos que la defensa de los derechos humanos no es sólo un elemento más dentro del programa de acción de un pequeño grupo, sino que debe ser, la forma de ser democráticos y justos, y que, por tanto, es un compromiso que convoca a todos los peruanos sin distinción de credo político, ocupación o profesión.

Espero que sepan disculparme si me valgo de mi experiencia personal para ilustrar lo que he querido decir. Llegué a la Comisión de la Verdad desde el mundo académico, alimentado por una experiencia de reflexión filosófico-moral ejercida primero como alumno y luego como profesor y autoridad en mi Alma Mater: la Pontificia Universidad Católica del Perú. No sabía del todo lo que me depararía la confrontación de mis hondas convicciones y mis contados saberes con el pasado inmediato de mi país. Y lo que

encontré fue un mundo rico, complejo, desgarrador tal vez, pero siempre interpellante.

Sé ahora de primera mano y por experiencia directa e inolvidable algo que antes creía conocer de modo conceptual: que

“La defensa de los derechos humanos es una tarea de todos y que ella no es solamente un acto de justicia frente a los demás.”

la defensa de los derechos humanos es una tarea de todos y que ella no es solamente un acto de justicia frente a los demás, sino también – de manera eminente – una aventura de constitución integral de mi propia vida. Siguiendo de las enseñanzas de Emmanuel Lévinas, para quien es el otro el que en último término me constituye y brinda sentido a mi existencia y a mi libertad;

otro que es sobre todo el desvalido: el huérfano, la viuda y el peregrino, vine a encontrar a ese Otro, y al mismo tiempo a encontrarme más plenamente, en los sufrientes de nuestro país, en esos hombres y mujeres humildes de quienes no se suele hablar porque, como alguien señaló, han sido arrojados por nosotros al reino de lo insignificante.

Es en nombre de ellos, amigos, que me atrevo a recibir esta distinción, nunca más inmerecida si va dirigida a una persona que solamente cumplió con su deber y que, cumpliéndolo, recibió la gracia de encontrarse consigo mismo y con su país, pero, al mismo tiempo, nunca más justa y oportuna si, como todos los sabemos, ella está dirigida, por mi intermedio, a. esos miles de peruanos que sobrevivieron con su dignidad intacta al infortunio y que todavía esperan de su Estado y de todos sus compatriotas el homenaje de justicia que les es debido.

Muchas gracias.

## Panel

### **Sin la elaboración del pasado, el futuro es imposible**

El difícil camino de proteger los derechos humanos – La tensa relación entre la búsqueda de la verdad, la justicia penal y el trabajo de reconciliación.

Con el otorgamiento del Premio Derechos Humanos 2005 a los representantes de las Comisiones de la Verdad chilena y peruana para el esclarecimiento de las violaciones de los derechos humanos, la Fundación Friedrich Ebert (FES) honra su intervención a favor de la democracia, la justicia y los derechos humanos. En las figuras de María Luisa Sepúlveda Edwards y del Dr. Salomón Lerner Febres, este año se honró a dos personalidades que intervinieron de manera destacada y ejemplar para que en sus países de origen fuesen esclarecidas las violaciones de los derechos humanos, se impulsara la implantación de la verdad y la justicia y se crearan las condiciones para la reconciliación. Con la premiación de este año, el Premio Derechos



Humanos, que se otorga desde el año 1994, por primera vez se destina a Latinoamérica. Los valores fundamentales que rigen a la Fundación (la democracia, la justicia social y la solidaridad) están vinculadas estrechamente al reconocimiento de los derechos humanos. La evolución de una cultura del Estado de derecho y de la democracia en los países asociados también promueve el respeto por los derechos humanos.

Los premiados fueron galardonados por su trabajo como presidente ejecutivo de la Comisión Nacional de Presión Política y Tortura de Chile y como presidente de la Comisión de la Verdad y la Reconciliación del Perú respectivamente. Con la moderación de Renate Wilke-Launer, de la redacción de la revista *“Der Überblick”*, debatieron en la sede de la Fundación en Berlín con Hans-Joachim Daerr, el jefe del Departamento Cuestiones Globales y Naciones Unidas del Ministerio de Relaciones Exteriores y con el Dr. Rainer Huhle del Centro de Derechos Humanos de Nuremberg. El tema que se debatió en la mesa redonda llevaba el título “El camino más difícil para proteger los derechos humanos – la tensa relación entre la búsqueda de la verdad, la justicia penal y el trabajo de reconciliación”.

En Chile, la violencia se dirigió a los opositores políticos del régimen, mientras que en el Perú, principalmente se vio afectada la población indígena. La dictadura militar de Chile llegó a su fin en 1990, mientras que la guerra civil peruana duró todavía hasta el año 2000. La Comisión de Prisión política y Tortura fue la segunda comisión chilena encargada de investigar las violaciones de los derechos humanos ocurridas durante la dictadura militar. La primera Comisión ya había presentado su informe en el año 1991. En aquel entonces, la elaboración y la recuperación se habían concentrado únicamente en el destino de los muertos y desaparecidos. Recién con el informe de la segunda Comisión, publicado en noviembre de 2004, se tuvo en cuenta a los sobrevivientes de la prisión política y de la tortura. La Comisión documentó más de 35.000 declaraciones testimoniales;

28.000 personas fueron reconocidas como prisioneros políticos de aquella época y, por ende, tienen derecho a indemnización.

Perú siguió el modelo de la Comisión de la Verdad de Sudáfrica y permitió que las víctimas hablaran en audiencias públicas, muchas veces realizadas en regiones apartadas del país. Se recogieron unas 17.000 declaraciones testimoniales y se acreditó la muerte de aproximadamente 75.000 personas. A los miembros de las fuerzas armadas no se los interrogó ni fueron publicados los nombres de los perpetradores. Sólo una muy pequeña parte de los acusados será enjuiciada. El informe no se restringe a la descripción de los hechos aberrantes, sino que también echa luz sobre los motivos del conflicto.

Sepúlveda Edwards trabaja desde hace 32 años a favor de las víctimas de las violaciones de los derechos humanos y a favor de la elaboración de los delitos de la dictadura chilena. El informe de la Comisión que ella gerenciara acreditó el carácter sistemático de las violaciones de los derechos humanos, ordenadas desde la cúpula gubernamental más alta. Reconocer a los sobrevivientes de la dictadura de Pinochet como tales es un componente importante del debate sobre la historia más reciente de Chile. Para Sepúlveda Edwards, la elaboración del pasado es un proceso sin punto final, porque el sufrimiento al que fue sometida toda una generación, por lo menos durará tanto como esta siga con vida.

Durante 17 años en Chile, los derechos humanos fueron „pisoteados“, los hechos y el sufrimiento de los individuos y de la sociedad negados. Sepúlveda Edwards comentó que la población chilena todavía no estaba en condiciones de prestar oído a las víctimas o de ocuparse de los hechos aberrantes cuando en la década de 1990 se presentó el „muy claro“ informe de la primera comisión investigadora. Además de esta inhibición o impedimento de tratar el pasado que afectaba a la sociedad, se elevaron poderosas voces de militares y políticos

“Reconocer a los sobrevivientes de la dictadura de Pinochet como tales es un componente importante del debate sobre la historia más reciente de Chile.”



para impedir el esclarecimiento de los delitos y para que Pinochet no fuese a prisión. La detención de éste en Londres en el año 1998 fue, según opina Sepúlveda, un punto de inflexión en el debate sobre la dictadura chilena. Hasta hace algunos años, el ex dictador todavía contaba con el apoyo del 45 por ciento de las chilenas y de los chilenos y con una amplia disposición de estos a reprimir el pasado más reciente. Hoy ya no es así. El informe de la segunda Comisión ayudó a la sociedad a reconocer la realidad de las torturas y el sufrimiento personal de las víctimas que se vinculaba a ello. Expresó Sepúlveda Edwards, que la posibilidad de hacer justicia a través del esclarecimiento y de la rendición de informes es una tarea muy difícil. Hacer justicia también debe comprenderse, en definitiva, como un proceso teleológico. La justicia puede impulsarse a través de reformas del Estado de derecho. Hasta 2001, las leyes de amnistía en vigencia bloquearon la búsqueda de más justicia. Hoy, estas leyes han sido abolidas y se ha creado el cargo de fiscales de derechos humanos. Los miembros de las fuerzas armadas chilenas deberán hacerse responsables por sus acciones ante los tribunales. Has-



ta la fecha, 80 de ellos fueron condenados. La chilena dejó fuera de toda duda que lo logrado hasta la fecha todavía no es suficiente para las víctimas. „Siempre falta mucho“ en el largo proceso de la reconciliación, aunque lo logrado hasta el momento es de particular importancia para el camino hacia una sociedad democrática y justa. La detención de Pinochet, la abolición de las leyes de amnistía y la modificación de la constitución en 2005, que dejó sin efecto la antigua constitución de la era Pinochet y que allana el camino iniciado en pos de la reforma y la democratización de Chile, son pasos importantes para enfrentar el propio pasado.

En palabras de Lerner Febres, su presidente, el objetivo de la Comisión de la Verdad y la Reconciliación del Perú era generar solidaridad con y en la conciencia de las víctimas de la guerra civil (1980-2000). Entre su cometido también estaba plantearse la cuestión del sufrimiento: ¿qué tuvieron que padecer y cómo llegaron a ser víctimas? En el Perú, este proceder es



de particular importancia porque, ante todo, los familiares de la población rural pobre, pasaron a ser víctimas de la guerra civil peruana. Gran parte de la población eran campesinos e indígenas quechuas. Y justamente estos grupos de personas no cobran importancia ni lograr atraer la atención de la sociedad peruana, caracterizada por la inequidad y el racismo. Más bien predomina la indiferencia por el padecimiento de los pobres y los campesinos, cuyos destinos se desarrollan bien lejos de las grandes ciudades. Lerner Febres destacó que justamente ésta indiferencia y el desinterés de base racista corren con parte de la responsabilidad por las

“Gran parte de la población eran campesinos e indígenas quechuas. Y justamente estos grupos de personas no cobran importancia ni lograr atraer la atención de la sociedad peruana, caracterizada por la inequidad y el racismo.”

violaciones de los derechos humanos. A través de audiencias públicas quiso darse fin a esta escisión y a la falta de participación en los destinos de unos 75.000 muertos. Las audiencias públicas dieron espacio y posibilidad a las víctimas para expresarse. A través del reconocimiento de su padecimiento individual también se granjearon el reconocimiento de su existencia y dignidad. En las audiencias se permitió que tomaran la palabra aquellas personas que el Estado hasta el momento prácticamente no había querido escuchar ni les había prestado atención. Las audiencias pusieron nombre y apellido a las personas y a su sufrimiento. Para muchas víctimas, la audiencia fue la primera oportunidad de hablar públicamente sobre el destino que habían corrido.

Con las audiencias, la Comisión de la Verdad del Perú no sólo quiere que se elabore y recupere el pasado, sino también que se recree el futuro. Para una democracia viva es de importancia capital que se controle a las fuerzas armadas, se descubran los delitos, se cuente con una justicia que funcione y a la que todos puedan acceder y se ponga fin a los atentados y a las acciones de amedrentamiento. Al mismo tiempo, la Comisión se fijó como meta alcanzar la reforma social y de las instituciones a través

de la elaboración y recuperación del pasado. El mandato de la Comisión, por partes, se queda corto en cuanto a estas expectativas, ya que no estaban comprendidas las audiencias a los militares. Según opinión del premiado, aún así el informe debilita la posición que ocupa el ejército en la sociedad porque por primera vez en la historia del Perú se lo colocó públicamente “en la picota”. Grupos influyentes se resistieron al informe, entre ellos también los miembros de las fuerzas armadas. De un reconocimiento de su culpa todavía no se puede hablar, así la opinión autorizada de Lerner Febres. Otros grupos de la sociedad peruana hubiesen deseado que no se removiese nada del pasado. Como contrapunto de esta postura, el informe constituye un paso en pos del diálogo de diferentes grupos sociales y hacia un discurso abierto sobre los delitos. Lo dicho para Chile también rige para el Perú en cuanto a que la elaboración del pasado va dando pequeños pasos para avanzar y sólo puede ser pensada como proceso necesario a largo plazo. Porque según Lerner Febres “sin la elaboración del pasado, el futuro es imposible”.

“Lo dicho para Chile también rige para el Perú en cuanto a que la elaboración del pasado va dando pequeños pasos para avanzar y sólo puede ser pensada como proceso necesario a largo plazo.”



La Comisión de la Verdad del Perú, valiéndose de las audiencias, se dejó guiar por la visión de abrir el Estado y el sistema jurídico a todos los peruanos, darles a todos acceso a ello. Esta disrupción de la discriminación institucionalizada de los grupos indígenas y empobrecidos que componen la población debe ser un objetivo central de los procesos de reforma en el seno de la sociedad. La reforma del Estado de derecho tiene especial importancia. Los derechos de todos los peruanos estarán mejor representados y harán evolucionar la democracia y la condición del Estado de derecho.

Queda en duda si el trabajo de la Comisión contribuyó a mejorar el clima político y la funcionalidad de las instituciones políticas del Perú. En qué medida, una comisión con mandato restringido y en un periodo de trabajo de seis meses puede llegar a alcanzar en forma mínima este cometido fue puesto en duda públicamente. Entonces, Huhle, del Centro de Derechos Humanos de Nuremberg, resaltó la necesidad de mirar con atención lo que hacen y lograron los hombres, lo exitoso y los fracasos. Según el representante del Centro, dado que las instituciones



responsables y los grupos sociales dejaron de lado la protección del Estado de derecho y de los derechos humanos, por lo general encargan luego a las comisiones (que habitualmente se componen de las personalidades más renombradas de un país) la tarea de recomponer la verdad y la justicia. Opina Huhle que se les otorga „un mandato que las excede absolutamente“. Dudó que la verdad y la justicia se pueden alcanzar, si sólo pueden llevarse 47 casos a juicio como en el Perú. El experto coincidió con el informe peruano en la necesidad de crear nuevas estructuras democráticas, pero al mismo tiempo afirmó que la reforma de las instituciones o la implantación progresiva de estructuras democráticas es imposible a través del trabajo de comisiones. En el informe, „se evade“ a los perpetradores públicos. Sólo en las aldeas, donde las víctimas y los perpetradores siguen conviviendo como vecinos, se crearon rituales y mecanismos para permitir que los perpetradores puedan reintegrarse a la comunidad.

La moderadora Wilke-Launer se dirigió al representante del Ministerio de Relaciones Exteriores preguntando por las opciones de acción que asisten a la comunidad internacional en caso de violación de los derechos humanos. Daerr puso de manifiesto que las violaciones de semejante dimensión son un fenómeno global y que debe avanzarse sobre el tema en el plano multilateral que ofrece las Naciones Unidas (ONU), pero también a través de la cooperación con las instituciones estatales y de la sociedad civil. Según el funcionario, en el plano internacional, la conciencia y el alcance de las violaciones sistemáticas de los derechos humanos han aumentado. Para que puedan implantarse los derechos humanos en el plano internacional se hace necesario una reforma de los instrumentos de los cuales dispone la ONU, como se intenta a través de la instauración del Consejo de los Derechos Humanos. Los mecanismos de las violaciones sistemáticas de los derechos humanos y las anomalías vinculadas

deben quebrarse e investigarse. Otra labor de la comunidad internacional en la lucha contra las violaciones de los derechos humanos es, según Daerr, el apoyo internacional a los activistas que defienden los derechos humanos y el acompañamiento crítico de los procesos de elaboración y de recuperación a través de actores internacionales externos.

En este contexto, Sepúlveda Edwards destacó la enorme importancia que tiene el apoyo y la crítica abierta a los mecanismos y a la forma de trabajo de las comisiones. Según la asistente social, la persecución penal internacional que en 1998 llevó a la detención de Pinochet, de hecho fue relevante.

Mientras el gobierno federal de Alemania brinda apoyo al trabajo de elaboración de Chile y del Perú, al mismo tiempo tiene que criticar que los hechos de *Colonia Dignidad*, Chile no fueron esclarecidos y que no se reaccionó en forma adecuada. La chilena explicó que *Colonia Dignidad* era un estado dentro del Estado, tanto así que aún terminada la dictadura, el gobierno chileno no podía ni prohibir las actividades, ni proteger a los colonizados. A pesar de ello, en los pasados meses se hicieron más progresos que en los últimos 40 años. La activista de los derechos humanos expresó su esperanza de que Alemania apoye a Chile también en la elaboración de esta parte del pasado y que realice su aporte. El representante del Ministerio de Relaciones Exteriores alejó toda duda de no cooperación estrecha para la elaboración del pasado y la disolución de Colonia Dignidad, aunque expresó su interrogante en cuanto a la cantidad de energía que se necesitará para dilucidar este aspecto tan alejado en el tiempo de historia conjunta. Al cual, el experto en derechos humanos Huhle exhortó a Daerr a que la documentación se abriese a los historiadores.

También en Perú, la ayuda internacional fue de gran importancia para el trabajo en comisión. La mitad del presupuesto de la Comisión fue financiado con recursos internacionales. Pero el gobierno peruano rechazó la facilitación de dinero para la

reparación por parte de la comunidad internacional. Más allá de la financiación, opina Lerner Febres, también existe el compromiso moral de „observar con precisión“ el trabajo de las Comisiones, ya que la atención y el interés de otros gobiernos no solo apoyó el trabajo en cuestiones de derecho internacional y de la protección internacional de los derechos humanos, sino que el acompañamiento crítico y el interés permanente en los resultados de la comisión es de gran importancia para su labor. En la discusión plenaria también se puso de manifiesto que en el futuro es necesario que el énfasis esté puesto en evitar las violaciones sistemáticas de los derechos humanos a través del trabajo internacional.

## **Participantes de la mesa redonda:**

*María Luisa Sepúlveda Edwards*

Presidenta ejecutiva de la Comisión Nacional de Prisión Política y Tortura de Chile

*Dr. Salomón Lerner Febres*

Presidente de la Comisión de la Verdad y la Reconciliación del Perú

*Hans-Joachim Daerr,*

Director del Departamento Cuestiones Globales y Naciones Unidas del Ministerio de Relaciones Exteriores de Alemania

*Dr. Rainer Huhle*

Del Centro de Derechos Humanos de Nuremberg, Alemania

Moderación a cargo de *Renate Wilke-Launer*

Redacción “Der Überblick”



**El trabajo por los derechos humanos de la  
Friedrich-Ebert-Stiftung:**

<http://www.fes.de/L/handbuchmenschenrechte/>

<http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/INTERNATIONAL/Lateinamerika/l-amerika.HTML>

[http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/INTERNATIONAL/LATEINAMERIKA/EINLADUNG\\_SEPT\\_07.PDF](http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/INTERNATIONAL/LATEINAMERIKA/EINLADUNG_SEPT_07.PDF)





